

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

Nr. 71

Sept./Okt. 2014

**KRIEG
BEGINNT
HIER**



INHALT

Celler Trialog am 17. und 18. September	
Krieg beginnt auch hier	3
Carsten Rusitschka zu Rheinmetall-Erweiterung	
Konzern gewinnt, Menschen verlieren	4
Kriegsgräuel des Heideregiments im Ersten Weltkrieg	
3 Salven krachten und alles war vorbei	5
Herfried Münkler am 13. Oktober in Celle	
Drohnen-Fan spricht zum 1. Weltkrieg	8
Privatisierung auf die sanfte Tour	
AöR - Anstalt öffentlichen Rechts	11
Landkreis verhindert gerichtliche Prüfung	
Betrug auf der ganzen Linie	13
Meldungen	14
Laternengespräche	
Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing	16
Hamilton Loomis & Band im „Herzog Ernst“	
Bow Wow - Give it back	18
Der dritte Martin-Spranger-Krimi	
Cornelia Sziget – Herbst in Mölze	19
Interview mit Oskar Ansell	
Die Baracke der Dichter	20
Niedersächsischer Flüchtlingsrat in Eschede	
Hinsehen – eingreifen – Mensch sein!	22
Zur Geschichte neuer sozialer Bewegungen (9)	
Von Pogromen und Lichterketten	25
Gegen Rassismus und Diskriminierung	
Veranstaltungsreihe geht ins vierte Jahr	29
Festival „Migration und Film“ im Kino	
Auf der Suche nach dem Glück	32
Vegan-Guerilla & Im Wald und auf der Heide	34



"Politics is the entertainment division of the military industrial complex."

Frank Zappa

Hundert Jahre nach dem Beginn des Ersten und 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs gerät die Welt gerade wieder mächtig aus den Fugen. Und fast die einzigen, die sich bei all dem Gemetzel und all den Gräueln die Hände reiben, sind die Bosse der Rüstungskonzerne. Die Kriege scheinen weit weg, und doch: Sie beginnen auch hier. Deshalb findet ihr in diesem Heft wieder jede Menge Kritik an Nationalismus, Rassismus und Militarismus.

Wir räumen (ungern) ein, dass wir keine einfache Antwort haben. Aber wir meinen zu wissen, dass Nationalismus und Rassismus aus der Welt verschwinden müssen – und wir meinen auch, dass die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft und die von dieser „Wirtschaftsform“ hervorgerufene weltweite Ungerechtigkeit den Nährboden für jede Form dieses Wahnsinns bietet.

Und so teilen wir mit Bob Dylan eine Hoffnung auf das Ende der "Masters of War": "And I hope that you die / And your death'll come soon / I will follow your casket / In the pale afternoon / And I'll watch while you're lowered / Down to your deathbed / And I'll stand over your grave / 'Til I'm sure that you're dead."

Wir hoffen, euch bei der einen oder anderen Protestaktion zu sehen.

Bis dahin – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, BSG-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Krieg beginnt hier – deshalb: hier stoppen!

Ist "olivgrün" die Farbe des Celler Septembers? Es sieht danach aus: Am 17. und 18. September findet die rüstungslobbyistische Tagung "Celler Trialog" statt, am 18. und 19. September feiert die Heeresfliegertruppe in der Wietzenbrucher Immelmann-Kaserne ihren 60. Geburtstag - und am 26. und 27. September belagern ehemalige Bundeswehrsoldaten die Innenstadt mit ihrem "Tag der Reservisten".

Leider ist davon auszugehen, dass insbesondere der "Tag der Reservisten" den bekannt großen Zulauf haben wird. Das führt oft zu dem Kurzschluss, dass die gesamte Bevölkerung nur zu gern strammsteht. Aber dem ist nicht so: Jede Umfrage belegt, dass Bevölkerungsmehrheiten Auslandseinsätze genauso ablehnen wie Rüstungsexporte. Daran ändert sich auch nichts dadurch, dass gleichzeitig eine überwiegende Mehrheit die Bundeswehr für wichtig hält.

Und selbstverständlich ist diese "Stimmung" ein Problem für Politik, Militär und (Rüstungs-)Industrie. Beim zweiten Celler Trialog im Jahr 2008 wurde mit dem so genannten "Celler Appell" ein Arbeitspapier verabschiedet, in dem als zentrales Ziel die Einflussnahme auf diese "gesellschaftliche Stimmung" genannt wird. So heißt es dort: *„Wir brauchen eine intensivere sicherheitspolitische Debatte in Deutschland, um die Bedeutung von Sicherheit für die Zukunft unseres Landes und das Verständnis für die Auslandseinsätze der Bundeswehr verbreitern zu können.“*

Dort, wo sich - wie beim Celler Trialog - Repräsentanten von Rüstungsindustrie, Bundeswehr und Politik diese Ziele stecken, genau dort beginnt Krieg. Die "warlords" in Afghanistan und anderswo sind kleine Fische gegen jene „Masters of War“ wie den Chef von Rheinmetall, die deutsche „Verteidigungs“-Ministerin oder den Generalinspekteur der Bundeswehr.

Und deshalb müssen Kriegsgegner*innen genau an diesen Orten ihren Protest laut werden lassen. Von der Friedensbewegung der 1980er Jahre ist leider nicht viel geblieben. Rühmliche Ausnahmen gibt es immer, so z.B. Sabine Seiferts Leserbrief zum "Tag der offenen Tür bei Rheinmetall":

„Allen Erwachsenen, die sich mit ihren Kindern eingeladen fühlen, „Hightech in der Heide“ und die „dynamische Vorführung von gepanzerten Fahrzeugen“... und „ihr Einsatzpotenzial mit scharfen Schüssen...“ zu erleben, sollten sich von der Firma auch nach Syrien, Kongo, Ost-Ukraine oder Gaza einladen lassen. „Investitionsmittel von 35 Millionen Euro“ könnten so, erlebnisnah eingesetzt, dem Interessenten noch besser verdeutlichen, welchen Effekt deutsche Waffen in der Welt erzielen.“

Die Mehrheit der damaligen Friedensbewegung hat bei SPD und Bündnisgrünen ihren Frieden gefunden

und hält sich nicht einmal mehr mit Kohls Lüge vom „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ auf.

Aber es gibt eine neue Anti-Kriegsbewegung und ihre Farbe ist PINK. Ihre Losung: Krieg beginnt hier. Und das Kreuz steht für: markieren - blockieren – sabotieren.



Immerhin: Das Markieren klappt auch schon in Celler. Das Kriegerdenkmal am Neuen Rathaus wurde passend zum Volkstrauertag ROSA eingefärbt, vor dem letztjährigen Celler Trialog mussten Putzkolonnen vor dem Eintreffen der Gäste fix das Umfeld reinigen, in diesem Jahr erlebte die Arbeitsagentur ihr rosa Wunder, als in ihren Mauern wieder einmal die Bundeswehr Rekrutenwerbung betrieb.

Warum PINK? Vielleicht, weil diese "unmännliche" Farbe bei Militärs besonders unbeliebt ist. Den diesjährigen Aachener Friedenspreis erhält am 1. September die US-amerikanische Friedensorganisation "Code Pink", die 2002 kurz vor Beginn des Irakkriegs von Frauen gegründet wurde. Der Name spielt auf das farbkodierte Sicherheitssystem der Bush Administration an wie Code Red, Code Yellow. Die Frauen von Code Pink sind bei ihren kreativen Protesten und gewaltfreien direkten Aktionen in Pink gekleidet. Ihnen und ihrer in Europa bekanntesten Vertreterin Medea Benjamin geht es inzwischen vor allem um den Kampf gegen die Todesdrohnen, die in den USA gelenkt und technologisch durch Einrichtungen auf der bundesdeutschen Militärbasis Ramstein geführt werden.

Und der Aachener Friedenspreis geht dieses Jahr zudem an die Musiker*innen des Projekts "Lebenslaute". Sie waren zeitparallel zur Entstehung von Code Pink auch bei den Sommeraktionstagen FREIE HEIDE aktiv, wo Aktivist*innen einen ehemaligen Kommandoturm der Sowjetarmee pink anstrichen und das "Pink Point Tourismuscenter" eröffneten.

Unsere Losung für den September: Weniger Oliv, und viel mehr Pink bitte.

Carsten Rusitschka widerspricht Flächennutzungsplan für Rheinmetall

Der Konzern gewinnt, die Menschen verlieren

Bei der Unterlüßer Ratssitzung stand am 4. Augst 2014 eine Änderung des Flächennutzungsplanes für eine Erweiterung des Rheinmetallwerkes Neulüß zur Abstimmung. Der Rüstungskonzern plant dort eine neue 5.500 qm große Halle zur Fertigung des Schützenpanzers Puma. Am 100. Jahrestag der Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten stimmte der gesamte Gemeinderat, bestehend aus CDU, SPD und WG für die Änderung des Flächennutzungsplans zur Erweiterung der Rüstungsproduktion – mit einer Ausnahme. Das Ratsmitglied Carsten Rusitschka (WG) stimmte dagegen. Krieg beginnt hier? Ja. Und Carsten Rusitschka hat dies in seiner Rede beeindruckend begründet, auch wenn wir seine Bezugnahme auf Jürgen Todenhöfer nicht in allen Punkten teilen.



„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

wir sprechen heute über die F-Planänderung zur Erweiterung des Rheinmetallwerkes in Unterlüß. Geplant sind dort Erweiterungen für die Rüstungsindustrie. Im Vorfeld wurden viele Institutionen und Anwohner gefragt, ob etwas dagegen spricht.

Egal welches Argument vorgetragen wurde, es wurde und wird immer mit wirtschaftlichen Interessen begründet. Alles wird immer schönegeredet.

Das bringt Steuereinnahmen. Dann frage ich – Welche? Das haben wir in den letzten zwei Jahren gesehen. 0 Euro Gewerbesteuer. Das bringt Arbeitsplätze – PRIMA. Aber welche Quote ist da hinnehmbar? 100 Tote, 1.000 Tote oder gar 10.000 Tote für einen Arbeitsplatz?

Hier wird keine Politik für Menschen gemacht, hier wird auch keine Politik für den Ort gemacht. Hier wird Politik für die Rüstungsindustrie gemacht. Dabei gewinnt der Konzern und die Menschen verlieren.

In Düsseldorf, Hannover, München, Bielefeld, Köln, Gießen gehen jetzt zu dieser Stunde Menschen auf die Straße und demonstrieren. Sie demonstrieren gegen den bewaffneten Überfall der IS auf kurdische Gebiete in Syrien und dem Irak. In Israel kämpfen Hamas gegen israelische Regierungstruppen. In der Ukraine (also mitten in Europa) herrscht Krieg. In Afghanistan wurden deutsche Soldaten mit deutschen Waffen beschossen. Da STERBEN überall Menschen. Führen Sie sich das

bitte vor Augen. Sie mögen das vielleicht emotionslos sehen. Ich sehe dies gar nicht emotionslos. Bei Rüstung geht es nicht um Waschmaschinen, nicht um Kühlschränke, nicht um Kinderspielzeug – da geht es um Krieg, Gewalt und Tod. Da sterben Frauen, Kinder, da werden Körper bis zur Unkenntlichkeit zerfetzt. Da wird Familien ihr zu Hause genommen. Das alles mit Waffen – auch aus Unterlüß – Mit ihrer Zustimmung. Nichts worauf wir stolz sein können.

Frank Zappa hat einmal gesagt: „Politik ist die Unterhaltungsabteilung der Rüstungsindustrie.“ Unterhaltungsabteilung ... So fühle ich mich hier auch gerade. Sobald es um Geld geht, sinkt der Anstand und der Verstand setzt aus.

Meine Damen und Herren, ich schäme mich für diese Politik! Bei Rüstung sprechen wir von Krieg! Denn für nichts anderes sind Rüstungsgüter zu gebrauchen! Wer hier sagt er ist gegen Krieg, stimmt aber der weiteren Rüstung zu, der macht sich sowas von ungläubwürdig. Sowas von ungläubwürdig.

Ich zitiere nun Jürgen Todenhöfer – Autor, Publizist und ehemaliger Bundestagsabgeordneter der CDU:

„Was Politiker über Kriege wissen sollten – Krieg tötet auch Unschuldige. Er ist daher allenfalls unter vier Bedingungen legitim: 1. Wir werden massiv militärisch angegriffen – Verteidigungsfall. 2. Alle Verhandlungschancen sind voll ausgeschöpft. 3. Angesichts der gigantischen Gefahr muss zur Verteidigung auch die Tötung Unschuldiger hingenommen werden. 4. Alle Politiker, die für Krieg stimmen, sind bereit, an vorderster Front mitzukämpfen. Oder ihre Kinder zu schicken.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen – Denken Sie mal darüber nach! Für die jetzige Abstimmung würde ich mir wünschen, dass diejenigen, die heute hier abstimmen und Aktien an diesem Konzern haben, sich hier und jetzt der Stimme enthalten. Ich lehne mich hier an den §41 des NKomVG – Mitwirkungsverbot – und appelliere an ihr Gewissen.

[...] Wer jetzt hier JA sagt, wird später am NEIN umso mehr zu knabbern haben. Deshalb und nicht nur deshalb kann ich hier einer Feststellung der F-Planänderung nicht zustimmen.“

Die neue Werkshalle dient der Produktion von 350 Schützenpanzern vom Typ „Puma“ Die Bundeswehr hat Rheinmetall damit den größten Einzelauftrag in der Geschichte des Konzerns beschert; pro Jahr sollen künftig 20 bis 25 Puma-Schützenpanzer das Werk in Unterlüß verlassen.

„3 Salven krachten und alles war vorbei.“

Vorsätzlich ermordeten deutsche Truppen zu Beginn des Ersten Weltkriegs in Belgien und Frankreich weit über 6.000 Zivilisten. Ein Massaker mit 383 Toten in der belgischen Stadt Taminés ging dabei auf das Konto des in Celle stationierten 77. Infanterie-Regiments (IR). Am so genannten 77er-Denkmal, das vor einigen Jahren vom Schlosspark ans Neue Rathaus verlegt wurde, finden Jahr um Jahr die Gedenkfeiern zum Volkstrauertag statt. Die Straße am "Badeland" heißt "77er-Straße".

Ziemlich unverblümt berichtete schon Helmut Viereck in seiner 1934 erschienenen Regimentschronik "Das Heideregiment" über das Massaker. Nun fiel diese Darstellung in eine Zeit, in der ein Kriegsverbrechen nicht als solches wahrgenommen werden wollte. Und nach 1945 hatten die Celler*innen vorrangig andere Verbrechen, mit denen sie sich nicht befassen wollten. So mussten wohl 100 Jahre vergehen ...

Völkerrechtswidrig marschierten deutsche Truppen am 4. August 1914 in das neutrale Belgien ein. Das 77. IR gehörte zur 2. Armee, die auf dem rechten Flügel der Invasion zur französischen Grenze vorstoßen sollte. Am Übergang der Sambre bei dem Dorf Taminés geriet das 77er-Regiment am 21. August erstmals in Gefechte. Am Morgen des 22. August sollte die Stadt eingenommen werden. Viereck schreibt dazu:

„Im gleichen Augenblick [...] prasselte von allen Seiten ein wildes Feuer auf die noch in der Hauptstraße steckenden Bataillone nieder. Alle Fenster spieen Feuer, Inf.- und Jagdgewehre knatterten, schwere Gegenstände wurden als Wurfgeschosse verwendet, die ganze Wut und Hinterhältigkeit des wallonischen Volkes in seinem von den Priestern noch geschürten Fanatismus entlud sich in diesem rasenden Feuerüberfall. Ein fürchterliches Durcheinander entstand in der engen Hauptstraße, verstärkt durch das nächtliche Dunkel, Pferde der MG.-Fahrzeuge scheuten, Kommandos wurden geschrien, Verwundete stöhnten und brachen zusammen. Aber nur kurze Augenblicke dauerte diese Verwirrung, schon hatten sich die Heider gefaßt: "Rein in die Häuser und anzünden!" schrie Hptm. van Kempen; Hptm. Sietz raffte ein paar Gruppen seiner Kompagnie schnell zusammen, eilte in eine Seitengasse und brach von hinten in die Häuser der Hauptstraße ein. Unter Kolben- und Spatenschlägen brachen die Türen auf, in den Häusern meist ein kurzer Kampf, die Wut der feige überfallenen Heider kannte kein Pardon, jeder Zivilist mit der Waffe in der Hand wurde erschossen, mancher flog gleich zum Fenster hinaus und wurde dann unten von anderen 77ern in Empfang genommen.“ (43)

Am Abend des folgenden Tages ermordeten die Deutschen 383 belgische Zivilisten. Bei Oberleutnant a.D. Viereck liest sich das so:

„In Taminés war noch ein Strafgericht zu vollziehen. In den Morgenstunden verhaftete Zivilisten harrten in der Kirche noch der Aburteilung durch das Standgericht. Der Spruch lautete auf Tod. Die feigen Attentäter wurden aufgestellt, 3 Salven krachten und alles war vorbei.“ (49)

Helmut Viereck, der sich im "Ausklang" seines Buches als glühender Nationalsozialist zu erkennen gibt, hat für dieses Verbrechen eine "Erklärung" parat, die ähnlich auch für alle anderen deutschen Kriegsverbrechen in Belgien vorgeschoben wurde:

„Sicherlich war der Spruch hart, aber in erster Linie mußte für das Standgericht die Notwendigkeit gelten, dem deutschen Soldaten die nötige Sicherheit gegen dieses völkerrechtswidrige Verhalten der belgischen Bevölkerung zu verschaffen, denn schließlich war doch das Leben eines deutschen Musketiers für uns mehr wert als das von zehn Belgiern. Und wir wollen uns doch auf Grund unserer trüben, schmerzlichen Erfahrungen während der Zeit der "friedlichen" französischen Besatzungszeit an Rhein und Ruhr darüber klar sein, daß Bel-



Mahnmal für die Ermordeten in Taminés

Samedi 09 novembre 2013
à 14h

TAMINES
Eglise Notre-Dame des Alloux

Commemorations
des combats de la
Sambre
14-18-1914

**Grande Conférence donnée sur
la fusillade du 22 août 1914**

PAR Simon ALEXANDRE

Tamines - Panorama. Vue prise de la gare.

PAF 4,00€
Gratuit pour les étudiants

Organisation:

www.centenaire2014.be - info@centenaire2014.be

In Tamines unvergessen, in Celle unbekannt

gier und Franzosen im umgekehrten Falle viel schärfer vorgegangen wären und keinen Stein auf dem anderen gelassen hätten.“ (49f.)

Im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 hatten Heckenschützen, so genannte "Franktireurs", den Preussen das Kriegführen schwer gemacht. Die Historiker John Horne und Alan Kramer kamen vor zehn Jahren zu dem Ergebnis, „daß die deutschen Truppen praktisch immer den Franktireurs die Schuld gaben“, wo sie Kriegsgräuelt begingen. Aber es gibt ihrer Auffassung nach dafür keinerlei Beweise dafür: „Demnach drängt sich der Schluß auf, daß das eigentliche Phänomen in dem deutschen Glauben an einen Volkskrieg bestand, ein außerordentlicher Fall von Autosuggestion, wie er in modernen Heeren seinesgleichen suchen dürfte. Eine Million Männer wurden von einem Wahn erfaßt, der die Vorstellung eines Franktirerkriegs für die Wirklichkeit hielten.“ (124)

Horne und Kramer beschreiben in ihrem Buch "Deutsche Kriegsgräuelt 1914. Die umstrittene Wahrheit" auch das Massaker von Tamines:

„Als die deutsche 2. Armee zwischen Namur und Charleroi die Hänge der Sambre hinabmarschierte, traf sie auf ständige Störmanöver französischer Einheiten [...] und reagierte darauf mit brutalem Vorgehen gegen Zivilisten. Tamines und mehrere Nachbardörfer wurden von der französischen 19. Infanteriedivision verteidigt. Die Ortsansässigen begrüßten verständlicherweise die

französische Hilfe, bestritten später jedoch jede Beteiligung an den Kämpfen. Deutsche Truppen benutzten Menschen als Schutzschilde bei der Eroberung der Dörfer Arsimont und Auvelais am 21. August, und es kam zu Massakern. In Tamines gerieten deutsche Patrouillen am Morgen des 21. August in einen Hinterhalt französischer Soldaten und 20 Artilleristen der Garde Civique von Charleroi. Die Bevölkerung reagierte mit Rufen wie: "Vive la Belgique! Vive la France!", und die Deutschen mochten daraus den Eindruck gewonnen haben, sie beteilige sich an den Kämpfen. Als jedoch die deutsche Hauptstreitmacht eintraf, zeigte sich deutlich, daß der Widerstand von französischen Soldaten kam (70. I.R.), die sich schließlich zum steilen Südufer der Sambre zurückzogen. Von dort aus feuerten sie gezielt gegen die wiederholt angreifenden Deutschen und konnten erst in der Frühe des 22. August vertrieben werden.

Die wirksame französische Verteidigung und der deutsche Glaube an eine heimliche Zusammenarbeit zwischen Militär und Zivilbevölkerung bereiteten den Boden für das, was nun folgte. Gewalt gegen Zivilisten begleitete die Kämpfe; bei einem Angriff wurden Menschen als Schutzschilde benutzt, und den ganzen Nachmittag und die Nacht des 21. August über wurden Häuser in Brand gesteckt und Zivilisten erschossen. Die Schuldzuweisungen der Deutschen schwelten noch lange, nachdem die Kämpfe schon abgeflaut waren, und die Wut entlud sich schließlich am Abend des 22. August in einem Gemetzel. Beginnend am späten Nachmittag des 21. August, war ein großer Teil der Bevölkerung von Tamines in der Kirche zusammengetrieben worden. Bruchstücken von Gesprächen mit den Wachen konnte man entnehmen, daß die Deutschen der festen Überzeugung waren, die Zivilisten hätten unter der Führung von Priestern in großer Zahl an den Kämpfen teilgenommen. Die Kirche war 24 Stunden später überfüllt und die Luft zum Ersticken heiß von den Flammen der brennenden Nachbarhäuser. Belgische Zeugen behaupteten später, protestantische Soldaten des 77. I.R. (aus Hannover) hätten ihr katholisches Bekenntnis und ihre Glaubenspraktiken verhöhnt. Gegen 19 Uhr belgischer Zeit mußten die Männer die Kirche verlassen und wurden von wütenden Soldaten unter Schlägen und Schmähungen zur Place Saint Martin am Ufer der Sambre getrieben. Der Priester war der Gegenstand besonderen Spotts. Ein unbekannter berittener Offizier beschuldigte die Männer, sie seien Franktireurs, und zwang sie "Vive l'Allemagne!" zu rufen. Anschließend wurden sie mit Gewehren und Maschinengewehren niedergemäht. Einige konnten sich mit einem Sprung ins Wasser retten, andere sich unter dem Haufen Erschossener totstellen. Viele deutsche Soldaten feuerten zu hoch oder zu tief, so daß ein Offizier die Hinrichtung mit einem Maschinengewehr beenden mußte. Andere Soldaten dagegen waren nur allzu bereit, mit dem Bajonett oder Gewehrkolben das Töten zu Ende zu führen. Alles in allem wurden 383 Bürger von Tamines getötet, davon etwa 269 im Zuge dieser Massenhinrichtung; es war der zweitschlimmste Vorfall der Invasion.“ (63 ff.)

Der belgische Untersuchungsbericht nennt weitere Details:

„Eine deutsche Einheit eröffnete das Feuer auf sie, aber da ihm dies zu langsam ging, orderte der Offizier ein Maschinengewehr, mit dem all jene, die noch auf den Beinen standen, hinweggefegt wurden. Viele von ihnen waren nur verwundet und stellten sich unter Schwierigkeiten und in der Hoffnung zu überleben erneut auf ihre Beine. Sie wurden sofort erschossen. In einigen Fällen gingen Soldaten zu jenen unglücklichen Personen und beendeten ihr Stöhnen, indem sie ihnen das Bajonett in die Brust stießen.“

Weder Viereck noch Horne/Kramer schildern die Ereignisse des Folgetages. Laut dem Untersuchungsbericht wurden Gefangene auf den Platz gebracht und gezwungen, ein Massengrab auszuheben und die Leichen dorthin zu bringen. Währenddessen betranken sich auf dem Platz Offiziere und Soldaten mit Champagner.

Ein Augenzeuge berichtete, er habe gesehen, wie ein deutscher Arzt gerufen wurde, weil entdeckt worden war, dass ein Mann, der in das Massengrab transportiert werden sollte, noch lebte: „Der Arzt untersuchte den verwundeten Mann und machte daraufhin ein Zeichen, dass er mit den anderen begraben werden sollte. Das Brett, auf dem er lag, wurde weitergetragen und ich sah, wie der Mann seinen Ellenbogen erhob. Sie fragten den Arzt erneut, aber er machte nur eine Geste, dass dieser zu den anderen ins Grab geworfen werden sollte.“

In den Artikeln 227 bis 230 des Versailler Vertrages von 1919 erklärten die Siegermächte, die Täter von Kriegsverbrechen vor Kriegsgerichte stellen zu wollen. Die deutsche Regierung verweigerte allerdings die Auslieferung und setzte sich schließlich mit ihrem Vorschlag durch, die Angeschuldigten vor deutsche Gerichte zu stellen. Von 1921 bis 1929 wurden vor dem Leipziger Reichsgericht knapp 1000 Anklagen erhoben, aber Verurteilungen waren die absolute Ausnahme.

"Ehrenmal" wird das Denkmal mit dem knieenden, nackten Soldaten vor dem Neuen Rathaus genannt. Auf dem Frontsockel ist zu lesen: „Den im Weltkriege 1914-1918 gefallenen Helden zum ehrenden Gedächtnis / Dem ruhmreichen Regiment zum Andenken.“ Am Volkstrauertag im November legen jedes Jahr Vertreter von Stadt und Kreis hier Kränze nieder. Vielleicht sollten sie besser den Ort wechseln.

Viereck, Helmut: Das Heideregiment. Königlich Preußisches 2. Hannoversches Infanterie-Regiment Nr. 77 im Weltkriege 1914-1918. Celle 1934

Horne, John/Kramer, Alan: Deutsche Kriegsgräuel 1914. Die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2004

The Martyrdom of Belgium. Official Report of Massacres of Peaceable Citizens, Women and Children by the German Army. Testimony of Eye-Witnesses (1915); http://www.archive.org/stream/martyrdomofbelgi00belg/martyrdomofbelgi00belg_djvu.txt

Tag der Reservisten 2014

Seit Jahren gibt es einen Anlass, beim dem jeder zivil gesinnte Mensch die Innenstadt meidet wie der Teufel das Weihwasser. Dann nämlich, wenn sich die Freunde alles Militärischen auf dem Großen Plan versammeln, um Kriegsggerät auszustellen, Uniformen auszuführen und Erbsensuppe auszuteilen - wobei die Erbsensuppe trotz Fleischeinlage noch das Verträglichste ist. Veranstalter dieses "Tages der Reservisten" ist die Kreisgruppe Celle im "Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V."

„Die Kreisgruppe umfasst die Landkreise Celle und Heidekreise und hat zurzeit ca. 900 Mitglieder. Sie setzt sich aus Reservisten, Förderern und außerordentlichen Mitgliedern, die zwischen Aller und Heide ihr Zuhause haben, zusammen.“ (Website)

Ihr Alltag besteht aus, „ZMZ (Zivil-Militärische Zusammenarbeit z.B. mit dem THW oder der Feuerwehr), Truppenübungsplatzaufenthalt, Objektschutzausbildung, verschiedene Schießausbildungen (u.a. Wertungsübungen für die Schützenschnur), Ausbildung am Schießsimulator AGSHP, Sicherheitspolitische Vorträge und Weiterbildungen“. Die Geschäftsstelle des VdRBw e.V., Kreisgruppe Celle, sitzt passenderweise in der Immelmann Kaserne, wobei wohl nicht davon auszugehen ist, dass die dort eine Miete entrichtet.

Zum 100. Jahrestag des Ersten und zum 75. Jahrestag des zweiten Weltkriegs fahren die Reservisten - ums mal im Jargon zu sagen - großes Geschütz auf. Sie belagern die Altstadt am letzten Septemberwochenende am Freitag und am Sonnabend, und zwar nicht nur auf dem Großen Plan, sondern mit einer „statischen Waffenschau“ auch die Stechbahn. Ausklingen wird das Ganze mit einem „Musikalischen Abend in geselliger Runde“ in der (na wo wohl) "Alten Exerzierhalle".



Man könnte das Ganze als geschmacklosen Militarismus abtun, aber leider sind die Reservisten "auf dem Vormarsch". Im vergangenen Jahr führte der Major d.R. Christian Matiszik, Vorsitzender der Celler Kreisgruppe aus: „Heimatschutz wird ab 2013 ergänzend von den Regionalen Sicherheits- und Unterstützungskräften (RSUKr), also von den Reservisten, wahrgenommen. Somit sorgen die Reservisten ganz offiziell, ergänzend mit der aktiven Truppe, für Sicherheit. Sie betreiben Objektschutz und unterstützen bei Bedarf die aktiven Einsatzkräfte Bundeswehr, Feuerwehr, Polizei und DRK bei Katastrophen oder Großschadenslagen in den Regionen auf der Grundlage des Art. 35 GG. Ob im Auslandseinsatz oder als Vertretungen für im Auslandseinsatz befindliche aktive Soldaten. Ohne Reservisten geht es nicht!“

Schirm-"Herren" sind dieses Jahr selbstverständlich "unsere" Bundestagsabgeordneten Henning Otte (CDU) und Kirsten Lühmann (SPD).

Der Drohnen-Fan spricht zum 1. Weltkrieg

Dass die Celler Sozialdemokratie Ende Juli 1914 gerade mal 10 Genossen zu einer Kundgebung unter dem Motto "Wie entfalten wir eine wirksame Demonstration gegen den Krieg?" mobilisieren konnte, ist nur ein Treppenwitz der Geschichte. Dass man jetzt am 13. Oktober 2014 über die Friedrich-Ebert-Stiftung den Politikwissenschaftler Prof. Dr. Herfried Münkler einlädt, noch dazu in die Ehrenhalle des Bomann-Museums, belegt aber mal wieder: Wenn's ums Vaterland geht und um Krieg, steht die Celler SPD nur zu gern stramm.

Münklers Auftrag: Er soll zum Ersten Weltkrieg referieren. Dazu hat der Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin Ende letzten Jahres den Band "Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918" veröffentlicht. Wie parallel bei Christopher Clarks "Schlafwandler" hat das Feuilleton auch bei Münkler dessen Relativierung der Kriegsschuldfrage nur zu gern aufgegriffen. Und selbstverständlich wendet sich Münkler gegen Fritz Fischer, der in seiner geschichtspolitisch wichtigen Studie "Griff nach der Weltmacht" geschrieben hatte: *„Bei der angespannten Weltlage des Jahres 1914, nicht zuletzt als Folge der deutschen Weltpolitik, musste jeder begrenzte (lokale) Krieg in Europa, an dem eine Großmacht beteiligt war, die Gefahr eines allgemeinen Krieges unvermeidbar nahe heranrücken. Da Deutschland den österreichisch-serbischen Krieg gewollt, gewünscht und gedeckt hat, und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Jahre 1914 bewusst auf einen Konflikt mit Russland und Frankreich ankommen ließ, trägt die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges.“* In einem Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 04.01.2014 bringt es Münkler dann auch auf den Punkt: *„Die Preußen mit der Pickelhaube als Kriegstreiber - so lernte man es lange Jahre im Geschichtsunterricht. Ich bestreite, wie das heute auch andere tun, die Theorie von der deutschen Alleinschuld am Ersten Weltkrieg.“* Und in diesem Interview sagt er auch sehr deutlich, woran ihm gelegen ist: *"Es lässt sich kaum eine verantwortliche Politik in Europa betreiben, wenn man die Vorstellung hat: Wir sind an allem schuld gewesen. Bezogen auf 1914 ist das eine Legende..."*

Was Münkler unter "verantwortlicher Politik" versteht, gab er am 30.06.2014 in einem ARD-Interview zur Frage des Einsatzes von "Kampfdrohnen" zu Protokoll:

„Ich glaube, man muss begreifen, dass die Herstellung von Kampffähigkeit auf vielen Ebenen erfolgt. Da spielen geopolitische Faktoren eine Rolle, demographische, wie viele, junge Männer man hat, d.h. wie viele Opfer man riskieren kann, technologische Entwicklungen, taktische Innovationen, strategische Ideen. Und innerhalb dieses gesamten Ensembles kann man sagen, dass postheroische Ge-

sellschaften wie unsere, also Gesellschaften, die nicht zusammengehalten werden durch bestimmte Männlichkeitsideale, durch die Idee von Ehre und Opfer und derlei mehr, dass sie darauf angewiesen sind, sich gleichsam technologische Hilfsmittel als Krücken ihrer auch militärischen Handlungsfähigkeit zu beschaffen.“



Jörg Lau mutmaßte schon vor über zehn Jahren in der ZEIT, dass Münkler als „wandelnder Ein-Mann-Think-Tank“ immer mehr zum Stichwortgeber für den Generalstab der Bundeswehr und den Planungsstab im Auswärtigen Amt werde. Dem ist wohl leider so - die Reden von Bundespräsident Gauck liegen auf seiner Linie, und selbstverständlich springt er diesem bei Kritik in der Öffentlichkeit sofort zur Seite.

Das passt schon, sagen die Handwerker*innen: Wer mit Peter Struck den Verteidiger Deutschlands am Hindukusch in seinen Reihen hatte und mit Kirsten Lüthmann jetzt eine Abgeordnete stellt, die keinen "Ersten Spatenstich" beim Ausbau von Rheinmetalls Rüstungsschmiede in Unterlüß versäumt, ist mehr an der Führung als an der Verhinderung von Kriegen interessiert.

Fachschaft SoWi distanziert sich von Münklers rassistischer und kriegstreiberischer Argumentation

[...] Herfried Münkler ist Professor für Politische Theorie hier am Institut für Sozialwissenschaften und scheint sich offensichtlich nicht dem Vorwurf aussetzen zu wollen, er würde die Welt nur interpretieren. [...] Münklers Analysen zeichnen sich durch etwas aus, was man einen nüchternen „Realismus“ nennen könnte – wo andere um den heißen Brei herumreden, benennt er die harten Interessen, um die es in der nationalen und internationalen Politik nun einmal ginge. Würde Münkler es dabei belassen, so könnte man sich mit ihm vielleicht über den wissenschaftlichen Wahrheitsgehalt seiner Analysen streiten – immerhin wäre ihm das Verdienst zuzusprechen, den politischen Diskurs kritisch zu durchleuchten.

Münkler nimmt jedoch ganz bewusst eine dubiose Doppelrolle als politischer Wissenschaftler und als nationaler Militärstratege ein. Vom deskriptiven Benennen, wie Außenpolitik funktioniert, geht er nahtlos zu seinem normativen Programm über. Hinter diesem Programm steht die Prämisse: was dem nationalen Interesse dient, ist zu exekutieren. Die mangelnde „Aufrichtigkeit“ der deutschen Außenpolitik ist für ihn in erster Linie ein Problem, weil dadurch die nationale Interessendurchsetzung gefährdet werden könnte. In einem im Mai 2014 erschienenen Text, den Münkler für die vom Auswärtigen Amt betriebene Website „Review 2014“ geschrieben hat, spricht er in dieser Hinsicht Klartext. Hier plädiert er unter der Parole „Wirtschaftliche Interessen – na, klar!“ dafür, „von einer verschämten zu einer selbstbewussten Kommunikation der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands überzugehen“, um die aus der „Diskrepanz zwischen öffentlicher Darstellung und tatsächlicher Ausrichtung“ resultierende „Vulnerabilität“ der deutschen Außenpolitik zu verringern. Aus dieser Perspektive kommt Münkler auf die Flüchtlingsproblematik zu sprechen:

„Die größte sicherheitspolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts wird nicht in der Gefährdung von Grenzen durch feindliche Militärverbände, sondern im Überschreiten dieser Grenzen durch gewaltige Flüchtlingsströme bestehen, die, wenn sie massiv auftreten, nicht der wirtschaftlichen Prosperität Europas zugute kommen, sondern die sozialen Sicherungssysteme der europäischen Staaten überfordern und damit die soziale Ordnung in Frage stellen. Gleichzeitig ist Europa infolge seiner Wertbindungen nicht in der Lage, diese Flüchtlingsströme an seinen Grenzen zu stoppen und zurückzuweisen, wie man dies bei einem militärischen Angriff versuchen würde.“ [...]

Was seit Jahren vom rechten Rand des politischen Spektrums zu vernehmen ist, bekommt hier den Anstrich „wissenschaftlicher Seriosität“. Vordergründig nur „sachlich“ die Problematik analysierend, gießt Münkler Öl in das Feuer eines rassistischen Diskurses über den Umgang mit nach Europa flüchtenden Menschen. Wenn sich der Sachverhalt aus der Perspektive der bestehenden politischen Institutionen so darstellen sollte – umso schlechter für diese Institutionen. Nichts zwingt einen Politikwissenschaftler, sich die Logik nationaler Interessenpolitik zu Eigen zu machen.

Münkler macht sich jedoch die nationalistische Programmatik nicht nur als Privatperson zu Eigen, er präsentiert diese im öffentlichen Diskurs gleichzeitig als „Stimme der Wissenschaft“. Auf diese Weise nutzt er seine akademische Reputation, um an der Brutalisierung des außenpolitischen Diskurses mitzuarbeiten und die Akzeptanz für deutsche Kriegseinsätze zu erhöhen. In einem [...] Interview mit Spiegel Online lästert er über „Stehschrittpazifisten“ und propagiert die militärische Durchsetzung von Interessen [...]



Passender Ort: die Ehrenhalle im Bomann-Museum

„SPIEGEL ONLINE: Viele Kriegsgegner argumentieren, dass Deutschland wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit militärisch zurückhaltend sein sollte.“

Münkler: Diese Haltung, eine Extrawurst einzufordern, halte ich für verantwortungslos und unklug. Deutschland sollte im Sinne von Bertolt Brecht ein Land wie jedes andere sein. Wir sind heute in der EU und in der Nato und in der sind wir der reichste und größte Akteur in Europa. Da kann man sich nicht immer so klein machen und so tun, als würde man nicht existieren.“ (Interview mit Spiegel Online)

Hier wird der politische Wissenschaftler endgültig zum ideologischen Phrasenautomaten, der statt „Bundesrepublik Deutschland“ „wir“ sagt und Kriege mit dem Hinweis rechtfertigt, man könne sich nicht „immer so klein machen“. Bertolt Brecht dürfte angesichts dieser Inanspruchnahme im Grab rotieren.

Das Beispiel Münkler zeigt, dass die Diskussionen über die Verstrickung akademischer Forschung mit militärischen Interessen, die unter dem Begriff der „Zivilklausel“ geführt werden, nicht auf den naturwissenschaftlich-technischen Bereich verkürzt werden sollten. Die Sozialwissenschaften spielen sich nicht im luftleeren Raum ab, sondern sind Teil von gesellschaftlichen Kämpfen und ideologischen Kräfteverhältnissen. Dies scheint Herfried Münkler begriffen zu haben. Es ist dem Fachchaftsrat Sozialwissenschaften jedoch ein Anliegen, dass seine Propaganda nicht unwidersprochen bleibt. Das nationale „Wir“ ist unserer Ansicht nach nicht der apriorische Bezugsrahmen unserer Gesellschaftsbetrachtung, sondern Teil des Problems. Wenn die Sozialwissenschaften diese kritische Distanz nicht mehr einnehmen, werden sie ebenso Teil des Problems.

Der Fachchaftsrat Sozialwissenschaften distanziert sich hiermit deutlich von Herfried Münklers rassistischer und kriegstreiberischer Argumentation.

Berlin, 24.07.2014



Stoppt den ISIS-Terror

Weit über 1000 Menschen demonstrierten am 8. August in Celle gegen den Terror der Gruppe IS (Islamischer Staat) und forderten humanitäre Hilfe für die von IS in die Berge vertriebenen Ezidinnen und Eziden ein. Obwohl die Geschäftsführerin der CZ, Friederike Pfungsten, am Vortag Unterstützung einforderte („Unsere Celler Mitbürger benötigen unsere Hilfe, um die Politik aufzurütteln und den Verfolgten in großem Maße Unterstützung zu leisten.“), ließen sich außer der ganz gut vertretenen Linke (mit und ohne Parteibuch) und einigen Ratsmitgliedern kaum „Alteingesessene“ blicken.



TTIP–Freihandelsabkommen Vorsicht Falle!

Der Natur- und Umweltschutzverband BUND will das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP als Teil einer europaweiten Protest-Allianz stoppen. Der BUND will als Gründungsmitglied einer europäischen Bürgerinitiative ab 1. September binnen zwölf Monaten mindestens eine Million Unterschriften gegen das Abkommen in mindestens sieben EU-Ländern sammeln. Mit dieser Kampagne will der Verband die Kommission dazu drängen, von dem Projekt Abstand zu nehmen.

Das zwischen der EU und den USA geplante „Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen“ (TTIP) ist ökologisch, sozial, politisch und wirtschaftlich eine Katastrophe. In Geheimverhandlungen zwischen der EU-Kommission und der Regierung der USA wird eine Offensive in den beteiligten Staaten vorbereitet, die die Öffentlichkeit bewusst aus den Verhandlungen heraushält, um Widerstand gegen diese Politik zu ersticken. Es geht in den Verhandlungen nur am Rande um Zollsenkungen, sondern um sehr grundlegende Dinge, die jede und jeden in unserer Gesellschaft etwas angehen. Von der Aushebelung nationaler Gerichtsbarkeit durch die Festlegung internationaler Schiedsgerichte bis hin zur Einführung von Genprodukten und Chlorhühnern auf dem europäischen Markt sowie der Senkung von Lohnstandards in der EU und den USA steht einiges auf dem Spiel. Sogar Gesetzgebungsprozesse an sich könnten in der EU und in den USA durch die Verabschiedung des Abkommens TTIP grundlegend verändert werden.

In Kooperation mit der VHS Celle und attac führt die Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen am Donnerstag, den 23. Oktober, 18.30 In der VHS Celle (Trift 17, Raum D) eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit dem Wirtschaftswissenschaftler Dr. Christian Christen (Berlin) durch.



Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei.

AöR - Anstalt öffentlichen Rechts

Die Gewerkschaft ver.di hat vor der Ratssitzung am 17. Juli 2014 ein Flugblatt verteilt, in dem sie sich deutlich gegen die Linie ausspricht, die CDU/SPD/GRÜNE/FDP/WG in ihrem "Gemeinsamen Antrag 22/2014" vorgeben. Dort heißt, „dass auch künftig die Verwaltung die von ihr wahrgenommenen Aufgaben auf Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit und Effizienz prüfen und, sofern zweckmäßig, dem Rat Vorschläge zur Einschränkung von Aufgaben und Loder zur Übernahme der Aufgaben durch Andere/Dritte vorlegen wird“. Und weiter: „Die Überlegungen zu möglichen Ausgliederungen von Teilbetrieben unter Anwendung von § 613a BGB werden unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeitsprüfung, der steuerlichen Belastungen sowie im Sinne des Konzerngedankens „Stadt Celle“ maßgeblich weiter entwickelt. Im Anschluss an den von der KGSt begleiteten Konsolidie-

ausgekommen ist, dass die KGSt unter anderem vorschlägt, in den Bereichen der betrieblichen Dienste Spar- und Auslagerungsmöglichkeiten zu prüfen.

Wohin geht der Zug?

Zurzeit werden verschiedene Varianten einer Betriebsausgliederung geprüft. Klar ist aber: es wird vorrangig die betrieblichen Dienste treffen. Aus Arbeitgebersicht liegt dies nahe, handelt es sich doch nicht um unmittelbar hoheitliche Aufgaben, wie etwa Verwaltungsaufgaben. Auch wird gerne gesagt, dass eine bessere Effizienz und Wirtschaftlichkeit die Folge wären, ohne dafür Belege zu bieten. Ausgliederungen scheinen die richtige Antwort zu liefern: angeblich wird eine schlanke Verwaltung geschaffen und der Stadthaushalt wird auch entlastet, taucht die Bilanz des Eigenbetriebs doch nicht mehr in den Büchern der Stadt auf.

Die Lösung: die Anstalt öffentlichen Rechts

Nach ersten Informationen gibt es Planungen, eine *Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)* zu gründen. Was ist das? Es handelt sich um eine öffentliche Institution, die für die Durchführung bestimmter Aufgaben gegründet wird. Den Beschäftigten wird diese Ausgliederung meist damit schmackhaft gemacht, dass sich für sie nichts ändere. Auf den ersten Blick mag das stimmen. Das Beschäftigungsverhältnis bleibt öffentlich, der TVöD kommt zur Anwendung und auch eine Personalvertretung muss nach geltendem Recht gewählt werden. Also eigentlich kein



rungsprozess wird die Verwaltung die noch nicht abgearbeiteten Prüfaufträge im Rahmen eines intensiven Controlings und Berichtswesens mit der Politik laufend weiter rückkoppeln und halbjährig über den Stand relevanter Ergebnisverbesserungsmaßnahmen und deren Effekte berichten.“ Das Zauberwort "AöR" ist in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Dass es darum geht, zeigt die Gewerkschaft ver.di in ihrem Flugblatt auf, dessen Text wir im Folgenden dokumentieren:

Ausgliederung? Verdi sagt Nein

Im letzten Jahr hat die KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) im Auftrag der Stadt Celle eine Befragung der Fachdienste durchgeführt. Ziel war es, die angeblich vorhandenen Einsparpotenziale in der Stadt benannt zu bekommen, um anschließend Umsetzungsvorschläge zu entwickeln. Her-

Grund zum Meckern?

Die Kehrseite der AöR

Wenn alles gleich bleibt, warum sollte sich der Dienstherr dann die Mühe einer Änderung machen, die ja auch mit Kosten verbunden ist? Fazit: Es bleibt eben doch nicht alles beim Alten. Folgende Konsequenzen ergeben sich bei einer Ausgliederung:

Ein *Eigenbetrieb* bekommt eine Geschäftsführung, die auch eigenständig im Rahmen des öffentlichen Haushaltsrechts wirtschaften muss. Die Verantwortung der Politik, ggf. Defizite zu tragen, oder aber falsche Entscheidungen zu korrigieren, wird massiv abgeschwächt.

Ein Eigenbetrieb kann die Vorstufe zur Privatisierung sein. Ist ein Eigenbetrieb erst einmal ausgegliedert, scheint die Kosten/Nutzenberechnung einfacher zu sein

und der Preisdruck durch Privatbetriebe wird noch offensichtlicher. Sollte die Stadt dann noch für andere Bereiche Geld benötigen, liegt es nahe, den wertvollen Bestand an Gebäuden, Fahrzeugen, Maschinen, Arbeitskräften und Know-How an einen Privatinvestor zu verkaufen: Der langfristig von den Bewohnern der Gemeinde geschaffene Reichtum wird zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern versilbert! Letztendlich muss der Bürger die Dienstleistung doppelt bezahlen. Zum einen wurden öffentliche Mittel zum Aufbau der Betriebe der Stadt Celle aufgewandt und zum anderen muss der Bürger jetzt für die selbst geschaffenen Vermögenswerte und die damit verbundene Dienstleistung an den Privatanbieter Gebühren zahlen. Und dieser macht dies nicht, wie die Stadt Celle zum Selbstkostenpreis, sondern mit Gewinnaufschlag und Mehrwertsteuer. Hier wird der Bürger dann auch wieder mit entsprechend höheren Gebühren zur Kasse gebeten.

Das Beispiel der CTM (Celle Tourismus und Marketing GmbH) zeigt, wie die Stadt Celle ihre Tochterunternehmen ausbluten lässt und damit den Leistungsstandard für die Bürger senkt. Denn die CTM finanziert sich aus Veranstaltungseinnahmen und einem Zuschuss

Konsolidierungsvorschläge (Kurzbeschreibung)

(224) Vergabe der Bauhofleistungen an externe Unternehmen: Der Vorschlag zielt auf die Übertragung der Leistungen des Bauhofes an externe Unternehmen ab, die sämtliches Personal und Geräte sowie evtl. Grundstücke und Gebäude übernehmen sollen.

(232) Überführung/Umorganisation des Fachdienstes Klärwerk und Kanalbetrieb in eine andere Organisations- und Rechtsform: Überführung/Umorganisation des Fachdienstes Klärwerk und Kanalbetrieb vom jetzigen Regiebetrieb in einen Eigenbetrieb, besser noch in eine AÖR. Genaue Zahlen dazu müssen im Detail ermittelt werden. Tatsache ist jedoch, dass in Deutschland bei den Organisationsformen für die Träger der Abwasserbeseitigung, ein Trend zum Übergang von der Rechtsform des Regiebetriebs hin zum Eigenbetrieb und Zweckverband bzw. zur AÖR erkennbar ist. Nur bei kleineren Betrieben ist noch der Regiebetrieb eine häufige Organisationsform (Ergebnis der Umfrage DWA Wirtschaftsdaten 2011)

(233) Überführung/Umorganisation der anderen technischen Betrieb wie Straße, Grün, Beleuchtung (FD 67) und Friedhof (FD 69) in eine andere Organisations- und Rechtsform: Überführung/Umorganisation der anderen technischen Betrieb wie Straße, Grün, Beleuchtung (FD 67) und Friedhof (FD 69) in einen Eigenbetrieb oder AÖR, sinnvollerweise auch mit der Abwasserbeseitigung (FD 68) unter einem Dach als "Technische Betriebe". Auch diese Form ist in vielen Kommunen (Bsp.: Wolfsburg, Flensburg, Norderstedt, Gifhorn) schon lange Realität. Vorteil: Kernkompetenzen der Betriebe unter einem Dach, kurze Entscheidungswege, schlanke Hierarchien, wirtschaftlicheres Arbeiten.

der Stadt Celle. Und gerade dieser Zuschuss wird im Rahmen der Haushaltssanierung (Ifd. Nr. 19) 2016 um 30.000,- € und 2017 um 60.000,- € gekürzt. Als Folge hiervon muss die CTM beim Personal oder den Veranstaltungen sparen. Solch eine Zukunft ist dann auch für die betrieblichen Dienste zu erwarten. Über die Verringerung der Zuschüsse können die Betriebe dann nicht mehr ihre Aufgaben erfüllen und am Ende steht hier die Privatisierung der betrieblichen öffentlichen Dienstleistung!

Ursache der angestrebten Einsparungen ist die Finanzklemme der Kommunen. Zunehmend werden den Gemeinden vom Bund weitere Aufgaben aufgebürdet, wie zum Beispiel die Versorgung mit Kita-Plätzen. Diese gesellschaftlichen Aufgaben sind erforderlich, müssen aber finanziert werden. verdi fordert deswegen eine bessere Finanzausstattung der Gemeinden, damit die Dienstleistungen nicht zu Billigkonditionen erbracht werden! Auch die Lokalpolitik sollte sich hier für die Interessen der Bürger und der Beschäftigten einsetzen!

Untersuchungen und Befragungen durch verdi und die Hans-Böckler-Stiftung haben immer wieder klar zutage gebracht: Ausgliederungen und private Anbieter sind nicht billiger als der öffentliche Dienst! Die Trägerschaft der öffentlichen Hand steht für qualitativ gute Dienstleistungen für die Öffentlichkeit. Dafür sind sachgemäße Investitionen und beteiligungsorientierte Führungskonzepte erforderlich. Nur so können öffentliche Dienste zeigen, was in ihnen steckt und die Identifikation der Gemeinde mit ihren Dienstleistungen auch in Zukunft sichern. Deshalb lehnt verdi Ausgliederungen entschieden ab und setzt stattdessen auf zeitgemäße Investitionen und mitarbeiterorientierte Beteiligungskonzepte zur Sicherstellung guter Dienstleistungen für die Städte und Gemeinden.

In Wirklichkeit ist übrigens die AöR keineswegs der Renner, sondern hat "nur" einen Anteil von 16 %.

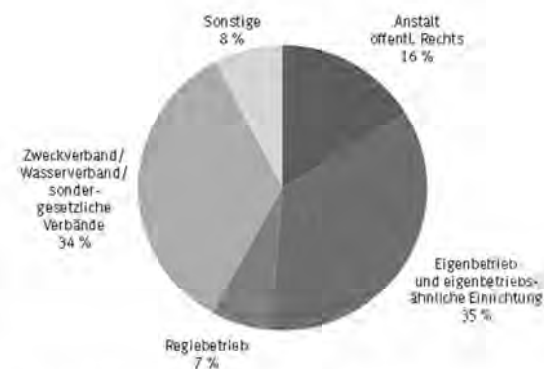


Abbildung 5: Organisationsformen der Träger der Aufgabe Abwasserbeseitigung, gewichtet nach den Einwohnern

Betrug auf der ganzen Linie

Leistungsempfänger*innen nach dem SGB II und SGB XII werden seit Jahren um ihre rechtlichen Ansprüche im Rahmen der Kosten der Unterkunft vom Landkreis Celle betrogen. Sie sind der Willkür des Landkreises Celle ausgesetzt. Die Mietwerterhebung von 2009, die die Grundlage bilden soll, ist von Beginn an strittig. Seit Jahren entzieht sich der Landkreis Celle der gerichtlichen Prüfung, ob diese Mietwerterhebung das Anforderungsprofil der Urteile des Bundessozialgerichts erfüllt. Wir berichteten in unserer Ausgabe Nr. 68 vom Febr./März diesen Jahres.

So stützt der Landkreis Celle seine Meinung auf seiner Internetseite mit einem Beschluss des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen mit dem Aktenzeichen L 9 AS 1049/08 B ER vom 27.07.2010, verschweigt dabei aber mutwillig, dass dies keine Hauptsacheentscheidung ist und dass der Beklagte, also Landkreis Celle und Jobcenter, sich der Prüfung in der Hauptsache entzogen hat, in dem er im Klageverfahren S 50 AS 1239/09 nach jahrelanger Verfahrensdauer im Jahre 2013 ein „Anerkenntnis“ durchgeführt hat. Es werden somit bewusst falsche Tatsachen vorgetäuscht.

Nachdem das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen in einem weiteren Verfahren L 7 AS 102/13 umfangreiche Zweifel an die Mietwerterhebung 2009 geäußert hat, wurde auch in diesem Fall ein „Anerkenntnis“ durchgeführt. Daran wird deutlich, dass der Landkreis Celle selbst davon ausgeht, dass seine Mietwerterhebung 2009 nicht das Anforderungsprofil des Bundessozialgerichts erfüllt. Sonst bräuchte er sich nicht in den o.g. Verfahren der gerichtlichen Klärung entziehen.

Die Art und Weise, wie in der Frage der Mietwerterhebung 2009 vom Landkreis Celle agiert wird, kann nur als frevelhaft und letztendlich als massive Rechtsbeugung angesehen werden. Und es nimmt kein Ende.

Das Sozialgericht Lüneburg hat mit Beschluss S 25 AS 503/13 ER vom 25.02.2014 unmissverständlich dargelegt, dass die Mietwerterhebung 2009 keine sachgerechten Werte in Bezug auf die Kosten der Unterkunft abbilden kann und verweist darauf, dass das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen in seinem Beschluss vom 21.11.2013 mit dem Aktenzeichen L 7 AS 1023/11 B ebenfalls erhebliche Zweifel daran geäußert hat, dass die strittige Mietwerterhebung den Anforderungen des Bundessozialgerichts an ein schlüssiges Konzept zur Ermittlung der angemessenen Unterkunftskosten im Grundsicherungsrecht genügt.

Anstatt nun endlich die gesetzlichen Bestimmungen und Entscheidungen umzusetzen, nachdem der Tabellenwert zu § 12 Wohngeldgesetz zuzüglich mindestens eines Sicherheitsaufschlages von 10 % als angemessene Kosten der Unterkunft zu berücksichtigen sind, taktiert

der Landkreis Celle weiterhin mit Taschenspielertricks, um sich der gerichtlichen Prüfung der Mietwerterhebung 2009 zu entziehen.

In weiteren Klageverfahren, z.B. S 25 AS 1472/13 und S 25 AS 540/14, reichte der Hinweis des Gerichts auf den Beschluss zum Aktenzeichen S 25 AS 530/13 ER aus und man staune, es wurden sofort die Kosten der Unterkunft nach § 12 Wohngeldgesetz zuzüglich 10 % vom Landkreis Celle gewährt. Das betrügerische Handeln des Landkreises geht gegenüber allen anderen betroffenen Haushalten jedoch weiter. Der Rechtsanspruch auf Existenzsicherung wird auf diese Weise im großen Stil verwehrt.



Wann werden die Verantwortlichen endlich zur Verantwortung gezogen? Denn es ist doch davon auszugehen, dass mutwillig und bewusst in einer unzähligen Anzahl von Fällen eine Rechtsbeugung in Bezug auf die Gewährung der Leistungen für die Kosten der Unterkunft durchführen und weiterhin aufrecht erhalten. Rechtsstaatliche Grundsätze werden vom Landrat missachtet. Er sieht den Bereich Kosten der Unterkunft seit Jahren als Spielwiese mit Sonderrechten an. Allen Leistungsempfänger*innen, die von dieser Situation betroffen sind, ist dringend anzuraten, einen formlosen Überprüfungsantrag zu stellen, damit sie sich ihre Leistungsansprüche für die Vergangenheit sichern und desweiteren ist anzuraten, dass jeder aktuell eingehende Bescheid, bei dem die Kosten der Unterkunft nicht in vollem Umfang berücksichtigt werden, mit einem Widerspruch und einer einstweiligen Anordnung behaftet wird. Der Landrat ist verpflichtet, umgehend die offensichtlich fehlerhafte Praxis bei der Gewährung der Kosten der Unterkunft aufzuheben und die jahrelangen Demütigungen der Leistungsempfänger*innen bei der Gewährung der Kosten der Unterkunft zu beenden und rückwirkend alle fehlerhaften Bescheide aufzuheben und als Maßstab zur Beurteilung der angemessenen Kosten der Unterkunft die Wohngeldtabelle § 12 zuzüglich eines mindestens 10 %igen Sicherheitsaufschlages zu Grunde zu legen.



Dr. Walther Zuzan Ein Nachruf

Da die Cellesche Zeitung keinen Nachruf auf ihren ehemaligen Politik-redakteur Dr. phil. Walther Zuzan gebracht hat, müssen wir dies wohl tun. Der 1917 in Wien geborene verstarb 97-jährig am 13.07.2014. Zuzan ist wohl der einzige CZ-Redakteur der es in SPIEGEL und ZEIT schaffte, zwar nicht in die Redaktionen, aber in Artikel, die Celles Ruf als "braune Stadt" bundesweite Ausstrahlung verschaffte. Als Zuzan 1977 in die CZ eintrat hatte er eine "bewegte Vergangenheit" hinter sich. Am 15.10.1936 wurde er Mitglied der allgemeinen SS mit der SS-Nr. 304553, am 1.5.1938 erhielt er ein NSDAP-Parteibuch mit der Mitgliedsnummer 6120889. 1937/1938 kämpfte er auf Seiten der Franco-Faschisten im spanischen Bürgerkrieg. In seiner Dissertation aus dem Jahr 1940 mit dem Titel „Die spanische Kolonisation im Andenhochland als Beispiel einer Akkulturation auf dem Gebiete der Soziologie“ entfaltete er seine völkerkundliche Fragestellung so: „Welche nationale Grosskultur ist die ausdehnungskräftigste? Oder in den Worten unserer völkischen Weltanschauung charakterisiert: Welche Volksgemeinschaft hat den grössten Expansionsdrang?“ Nachdem der deutsche Expansionsdrang Europa in Schutt und Asche gelegt hatte, gab Zuzan 1947 in Klagenfurt die neonazistische Zeitschrift "Der Aufbruch" heraus, die bereits nach zwei Nummern vom österreichischen Innenministerium verboten wurde. 1956 wurde er in Wien zum stellvertretenden Obmann der "Österreichischen Sozialen Bewegung", einem rechtsradikalen Gruppe zur „Sammlung und Einigung aller bodenständigen Österreicher“. Nach seiner Umsiedlung in die Bundesrepublik nominierte ihn der NPD-Kreisverband Hamburg-Altona 1968 als Beisitzer.

Bundesweite Aufmerksamkeit erregte er aber erst in Celle - hier ein kleiner Auszug aus der ZEIT vom 16.9.1977:

„Dr. Adolf“, wie Redaktionskollegen hinter der vorgehaltenen Hand seufzen, propagiere allzu penetrant die harte Faust, den Arbeitsdienst und eine erbgesunde Rasse. Sogar den Lesern der Monopol-Zeitung erscheint das mittlerweile unerträglich. [...] Brüssel und Bonn bekommen ihre Hiebe, die Sozial-Liberalen allemal, „Emanzen“ und berufstätige Frauen sowieso. Die Republik wird als „Pseudo-Demokratie“ entlarvt und die westliche Kirche als „geradezu widerwärtig dekadent“. Ob Kirchentag oder Geburtenchwund, Walther Zuzan hat die alte Heilslehre parat, um radikal Remedur zu schaffen. Für die Kostenexplosion im Gesundheitswesen hat der österreichisch-niedersächsische Politschreiber die „tiefste und kräftigste Wurzel“ entdeckt: Sie liegt in der „biologischen Dekadenz der in zwei Weltkriegen und durch zwei biologisch ebenso ‚mörderische‘ Nachkriegsepochen geschwächten Völker Mitteleuropas“. Minister Ehrenberg und den Krankenkassen sagt Walther Zuzan, wo die deutsche Gesundheit wirklich im argen liegt: „Durch verminderte Fortpflanzung der virilen, aktiven, kreativen und kerngesunden Männer und durch vermehrte Fortpflanzung der weniger gesunden, weniger bewegungsfreudigen, weniger wagenden sowie durch das völlige Ignorieren der Erbkrankheiten ist die biologische Substanz vor allem des deutschen Volkes merklich verdünnt worden.“ Zuzans Kampf findet Unterstützung. Die Celler Nationaldemokraten applaudieren. Sie schicken Grüße von der „Freiheitskundgebung“ der NPD am „Tag der deutschen Einheit“ an den Chef der Politik und an dessen Lehrer, und über die Feier der Sommer-Sonnenwende gibt es einen zweispaltigen Bericht. Zitat: „Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu...“ Im Blatt ermuntert Zuzan die zahlenmäßig geschrumpften NPD-Leute: „Totgesagte leben lange.“

Leider - können wir da nur sagen, und machen deshalb mal eine Ausnahme, wenn's darum geht dem Toten nichts Böses nachzusagen und das Alter zu ehren.

Lühmann in oliv

Bei ihrer konstituierenden Sitzung im Februar 2014 hat die Reservistenarbeitsgemeinschaft (RAG) Bundestag den Abgeordneten Prof. Dr. Patrick Sensburg aus Brilon (Hochsauerlandkreis) erneut zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter sind die Bundestagsabgeordneten Kirsten Lühmann aus Celle und Dr. Fritz Felgentreu aus Berlin-Neukölln.

Vizepräsident

Die Wochenzeitschrift "Der Freitag" berichtete in ihrer Ausgabe unter dem Titel "Gut gerüstet" über den Rüstungslobbyismus in Deutschland. Dabei geriet auch "unser" Bundestagsabgeordneter Henning Otte (CDU) in den Fokus: "Vizepräsident [der Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik] ist der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Henning Otte. Otte verschwieg seine Tätigkeit, obwohl Abgeordnete nach der Geschäftsordnung des Bundestages verpflichtet sind, Nebentätigkeiten in Vereinen mit nicht ausschließlich lokaler Bedeutung beim Bundestagspräsidenten zu melden. Als der Freitag bei Otte anfragte, tauchte seine Tätigkeit wenige Tage später auf seiner Internetseite auf."

Weltmeister Lok Hehlentor

Im Fussball-WM-Tippspiel-Teamwettbewerb der CZ gewann LOK_HEHLENTOR. Wir kommen unserer Berichtspflicht deshalb besonders gern nach, weil sich hinter diesem Teamnamen zwei Mitarbeiter unserer kleinen Zeitschrift verbergen. Den Sieg mit am Ende fünf Punkten Vorsprung ist den klaren, jedem Nationalismus abholden Analysen zuzuschreiben. Mehr geht nicht, wir sind Weltmeister. Danke, Jungs! - Dass eine unserer Redakteurinnen zudem bei einer Sportwette auf die N11 aus 5 Euro 26 machte, muss an dieser Stelle allerdings auch Erwähnung finden.

Zur Kritik der Kritik

Die Aufgabe des Kritikers ist selbstverständlich Kritik. Aber wer sich bei einem WM-Spiel, das einen Sieger hat, darüber beklagt, dass es keine Verlängerung und kein Elfmeterschießen gab, sollte das kritisieren vielleicht ebenso jemand anderem überlassen, wie jene, die an der Kinokasse ihr Geld zurück haben wollen, weil dem angekündigten



Schwarz-Weiß-Film die Farbe fehlte.

Reinold Hanke zerriss Ende Juli in der CZ eine "szenische Lesung" mit folgenden Worten: „Der Anspruch einer Theateraufführung wurde der Form nach nicht erhoben. In der halbszenischen Umsetzung dann aber eben doch. Nur: Was soll das, wenn man die Texte ohnehin nicht auswendig drauf hat? Da laufen die Schauspieler dann mit Spickzetteln auf der Bühne herum, statt einfach an einem Tisch sitzend sich konzentriert den Texten zu widmen. Das wirkte alles wie in der dritten Probe: reichlich unfertig.“

Was, bitteschön, kann ich bei einer "szenischen Lesung" erwarten? Schauen wir mal in das "Theaterlexikon" von Lothar Schwab und Richard Weber. Danach darf man/frau erwarten: Die Lesung eines Textes vor Publikum, umrahmt von theaterähnlichen Elementen. Die szenische Lesung kennzeichnet sich dadurch, dass sie in ihrer Vermittlung über den Text hinausgeht. Zwar agiert sie im Bereich der inszena-

torischen Mittel sparsam, doch bewegen sich die Leser*innen auf der Bühne und bilden so ein eigenes Zeichensystem, was bei dem Lesen mit verteilten Rollen nicht der Fall ist. Bei einer "Lesung" dagegen bleibt jeder Leser und jede Leserin am eigenen Platz.

Ach so: Bei einer szenischen Lesung wird gelesen und nicht auswendig Gelerntes aufgesagt? Und beim Lesen sitzen die Lesenden nicht brav auf ihren Plätzen? - Ja, genauso ist das.

Gedenken an Peter Deutschmann

Vor 15 Jahren wurde Peter Deutschmann von Neonazis zu Tode geprügelt. Das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und das Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus gedachten Peter Deutschmann am 10. August in Eschede. Es wurde Musik abgespielt, die Peter Deutschmann sehr mochte (Bob Marley und City), und eine Rede gehalten. Darin wurde aus dem Leben von Peter Deutschmann erzählt, um an ihn zu erinnern. Es wurden die Umstände seines Todes dargestellt und gefordert, wachsam zu sein gegenüber nazistischem und fremdenfeindlichem Reden und Handeln: „Lasst uns Peter Deutschmann gedenken, der dafür sterben musste, dass er das tat, was ich gerade von uns allen eingefordert habe: sich gegen Nazis zu wehren, gegen ihre Sprüche und gegen ihr Handeln.“

Leider war es nicht möglich, in der

Celleschen Zeitung eine Annonce für Peter Deutschmann – gegen das Vergessen aufzugeben, die CZ weigerte sich. Das ist nichts Neues. Bereits im Jahr 1999 weigerte sich die CZ, eine Annonce für Peter Deutschmann zu drucken. Damals sollte in der Anzeige stehen. „2 Monate und schon vergessen – Peter Deutschmann – Am 10.08.1999 in Eschede von Faschisten Erschlagen – Warum herrscht Schweigen?“

Schweigen herrscht heute – 15 Jahre später – nicht mehr. Aber nicht alles, was zu lesen ist, ist gut. Manchmal ist es besser, einfach mal die Klappe zu halten. So entblödet sich Michael Ende in der CZ nicht, in einem Satz das Feuer auf Hof Nahtz und die Gedenkfeier für Peter Deutschmann zusammenzuwursteln: „Bevor am Sonntag in Eschede Menschen an den von Neonazis getöteten Peter Deutschmann erinnerten, brannte am Samstag auf dem Hof des wegen seiner Kontakte zur rechten Szene bekannten Joachim Nahtz eine Scheune ab.“ So wird der unbedarften Leser*innenschaft suggeriert: Erst zünden sie bei Nazi-Nahtz, dann gedenken sie dem von Neonazis getöteten Peter Deutschmann.

Feuer bei Nazi-Nahtz

Tja – dumm gelaufen. Da wollte Nahtz wohl am 9. August endlich mal den Müll, der seinen Hof vollrumpelt, beiseite schaffen und dann das: „Als am Samstag etwa ein Dutzend Freunde zum Aufräumen anrückte, wurden Abfälle in Brand gesteckt. Die Flammen sollen dann auf die Scheune übergegriffen haben.“ (CZ, 11.08.2014) Wofür Nahtz und seine „Freunde“ aufräumen wollten, darüber kann z.Zt. nur spekuliert werden. Aber das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus betont ja immer wieder, dass Hof Nahtz weiter beobachtet werden muss und dass der Verkauf der großen „Festwiese“ von Nahtz nicht bedeutet, dass nicht weiterhin Nazitreffen bei Nahtz – eben in etwas kleinerem Rahmen – dort stattfinden. Nun hat er ja Platz geschaffen ...



Gegen das Vergessen

in memoriam

Peter Deutschmann

• 09.07.1955
† 10.08.1999

**Vor 15 Jahren
von Escheder Neonazis
zu Tode geprügelt**

Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus
Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus

Wes' Brot ich ess, des' Lied ...

Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke: Beteiligt sich Celle eigentlich auch aktiv an den Sanktionen gegen Russland?

Oma Lilo: Vielleicht gibt Biermann ja seinen „Dr. honoris causa“ zurück an die Uni unserer westsibirischen Partnerstadt Tjumen? Ach nein, mit Sicherheit nicht.

Der lange Lulatsch: Beispielhaft kann ich das Engagement des Vorsitzenden unseres Kino- und Kulturvereins anführen, der jüngst Sonnenborns „Partei“ aufgefordert hat, sich für ein Embargo von „Russisch Brot“ einzusetzen. Begründung: „Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing.“

Die Dicke: Leuchtet ein. Gab es Reaktionen?

Der lange Lulatsch: Es soll schon zu Hamsterkäufen von „Russisch Brot“ gekommen sein.

Die Dicke: Und die Hamsterer legen dann den Namen PUTIN und essen ihn auf?

Oma Lilo: Lass mal die Witzeleien. Am Ende trifft es doch vor allem die Bevölkerungen.

Der Besserwisser: Einige lassen sich in ihren Geschäften aber auch nicht stören. Glen Waller vom US-Konzern ExxonMobil hat gerade in bestem Russisch in Putins Schwarzmeer-Urlaubsort Sotschi Seite an Seite mit diesem und Igor Setschin, dem Chef des staatlich russischen Ölfördernehmens Rosneft, den Start eines russisch-amerikanischen Milliardenprojekts in Form von Ölbohrungen in der russischen Arktis verkündet. Sowohl Setschin als auch Rosneft stehen auf der US-Sanktionsliste.

Oma Lilo: Du meinst die Wirtschaftssanktionen sind in Wirklichkeit löchrig wie ein Schweizerkäse?

Der lange Lulatsch: Der britische *Guardian* hat ein Geheimdokument veröffentlicht, wonach die Sanktionen gegen Russland so zu gestalten seien, dass sie der City of London nicht schaden.

Die Dicke: Die *Neue Zürcher Zeitung* veröffentlichte kürzlich eine Meldung der Nachrichtenagentur Reuters: Die russische Billigairline Dobrolet habe auf die EU-Sanktionen damit reagiert, dass sie bei der US-Firma Boeing 16 neue Flugzeuge bestellt hat. Es sei eine Sicherheitszahlung geleistet worden und die Maschinen sollen 2017/18 ausgeliefert werden. Mal sehen, wie die US-Regierung darauf reagiert. Ach so: In unseren Qualitätsmedien war davon nichts zu lesen.

Der lange Lulatsch: Es ist insgesamt ja schon befremdlich, mit welchem Elan sie sich Bobby-Car-Geschenken an den ehemaligen Bundespräsidenten widmen konnten, jetzt aber nicht die geringsten Zweifel an der Schuldzuschreibung beim Absturz der MH17 haben. Dabei geht es ja um weit mehr, als einem eitlen Politiker vorzeitig seinen Ehrensold zu verschaffen. Und ehrlich gesagt: Haben nicht auch die Angehörigen der Opfer einen Anspruch auf eine schnelle Aufklärung?

Oma Lilo: Kaum jemand stellt sich die Frage „Cui bono, wem nützt es?“ Den Separatisten und Russland nutzt diese Katastrophe ja wohl



eher nicht.

Die Dicke: Nur für die westliche Staatenwelt und den deutschen Qualitätsjournalismus ist hundertprozentig klar: Stoppt Putin! Die *Süddeutsche* z.B. titelte am 22. Juli: „Russlands Schuld“ und führte aus: „MH17 lässt keinen Platz mehr für taktische Spiele mit Moskau“. Am 8. August, die sogenannte dritte Stufe der EU-Sanktionen war verhängt, dann die Kehrtwende: „Drei Wochen nach dem Absturz von Flug MH17 in der Ostukraine gibt es noch keine offiziellen Erkenntnisse über die Ursache. Also auch keine Antwort auf die wichtigste Frage: Wurde die Boeing abgeschossen, und wenn ja, von wem?“

Der lange Lulatsch: Die einzigen Fakten, die bisher auf den Tisch gelegt worden sind, stammen von Russland. Auf einer Pressekonferenz des russischen Militärs am 21. Juli wurde dargelegt, dass ein ukrainischer Kampfjet des Typs SU-25 sich der Passagiermaschine bis auf 3,5 km genähert habe und bis zum Absturz auf dieser Distanz blieb. Das russische Militär forderte die Ukraine auf zu erklären, was die SU-25 dort zu suchen gehabt hätte. Ferner solle die Ukraine endlich den Mitschnitt des Funkverkehrs zwischen dem MH17-Piloten und den ukrainischen Fluglotsen freigeben. Vielleicht könne dieser auch erklären, warum der Flug MH 17 von der vorgeschriebenen Route in nördlicher Richtung abgewichen ist. Weiter wurden Aufnahmen vorgelegt, die belegten, dass ukrainische Soldaten in Reichweite des Absturzortes ein BUK-Raketensystem installiert hatten, das zum Zeitpunkt des Absturzes in Gefechtsbereitschaft versetzt und nach dem Absturz abgebaut worden sei. Vor allem aber belegt das russische Militär, dass sich zu dem Zeitpunkt des Abschusses ein US-Spionage-Satellit über dem Gebiet befand und forderte die USA auf, dessen Aufnahmen der Öffentlichkeit vorzulegen. Die Reaktion: Null.

Der Besserwisser: Habt ihr es mitbekommen? Es war immerhin wenigstens in der *taz* und in der *Jungen Welt*. Ende Juli haben ehemalige hochrangige US-Geheimdienstler einen offenen Brief an Obama veröffentlicht: „Was den Flug MH17 betrifft, so halten die von Ihrer Regierung veröffentlichten Beweise einer genauen Prüfung nicht stand. Und sie erlauben schon gar nicht, ein Urteil zu fällen. Auf Grund unseres Berufslebens neigen wir fast instinktiv dazu, die Russen zu verdächtigen. Unsere jüngsten Erfahrungen aber, insbesondere die Art und Weise in der Außenminister Kerry sich vollkommen uneinsichtig an einen falschen Bericht nach dem anderen als ›Beweis‹ geklammert hat, hat uns dazu gebracht, unsere bisherige Neigung (nämlich instinktiv den Russen die Schuld zu geben) gehörig zu revidieren.“

Die Dicke: Naja. Zwar hat der Friedensnobelpreisträger seinen außenpolitischen Pitbull John Kerry sofort von der Leine gelassen, uns aber gleichzeitig mitgeteilt, dass der „nur spielen“ will. Anders gesagt: Die USA haben Beweise und veröffentlichen sie nicht. Das lässt nur den Schluss zu, dass ihnen entweder nicht passt, was sie wissen – oder dass sie noch auf einen günstigen Zeitpunkt warten, die Ergebnisse vorzulegen.

Der lange Lulatsch: Genau, erst einmal die ukrainische Armee die Donbass-Gebiete zurückerobern lassen und die EU und Russland mit der Sanktionspolitik ein bisschen schädigen, und dann ...

Der Besserwisser: Es geht schließlich auch um etwas, nämlich um die Frage, wohin die Ukraine gehört ... Und angesichts der besorgniserregend vielen „Putinverstehler“ kam der Abschuss wie gerufen – das mag angesichts der Opfer zynisch klingen, wirklich zynisch aber ist, wer diese Katastrophe für seine Zwecke instrumentalisiert, oder?



Hamilton Loomis & Band am 22. und 23. September im „Herzog Ernst“

Bow Wow - Give it back

Ein alter Bekannter beehrt im September wieder für zwei Shows den *Herzog-Ernst*: der texanische Gitarrist Hamilton Loomis. Zweimal durfte ihn das Celler Publikum schon im Jahr 2012 erleben und zuletzt bei zwei Auftritten im November vor einem Jahr. Wer da war, wird sich an den quirligen Entertainer erinnern - insbesondere wahrscheinlich daran, dass er bei Johnny Guitar Watsons *Bow Wow* nicht nur durch die ganze Kneipe, sondern auch auf etliche Tische und den Tresen turnte. Aber es wäre völlig zu kurz gegriffen, ihn darauf zu reduzieren. Musikalisch bieten er und seine Band ein breites Spektrum funkig-rockiger und tricky arrangerter Nummern. Uns erwartet also keine "reine" Blues-Show; den klassischen 12-Takt-Blues gibt es bei Loomis eher als Sahnehäubchen in längeren Improvisationen. Obwohl, wie Loomis in Interviews immer betont: Alles kommt vom Blues.

Loomis ist 1974 geboren und in der texanischen Kleinstadt Galveston aufgewachsen. Die Plattensammlung seiner Eltern mit Freddy King, Gademouth Brown und B.B. King, aber auch Otis Redding, Sam & Dave oder Stevie Wonder gehörte genauso zur Basisausbildung von Loomis wie MTV in den Hochzeiten von Prince. In seiner Jugend besuchte er regelmäßig Shows von Joe "Guitar" Hughes, der mit Albert Collins und Johnny "Clyde" Copeland gespielt hatte. Von ihm lernte er nicht nur mehr übers Gitarrespielen, sondern insbesondere auch über das Zusammenspiel mit anderen Musiker*innen.



Sein Stil ist aber auch von Bo Diddley beeinflusst, mit dem er einige Male zusammenspielen durfte und mit dem ihn eine Freundschaft verband. So spielt er gelegentlich auch ein "Gretsch Bo Diddley Signature model", auf dem sich Bo Diddley mit der Widmung „from the man“ verewigte. Das Standard-Instrument von Loomis ist aber eine "Ernie Ball Music Man 25th Anniversary".

Seine besondere Art des Spiels hat sich durch ein Han-

dycap ergeben. Als er sich einmal einen Finger an einem heißen Blech mit mexikanischem Essen verbrannt hatte und trotzdem Shows spielen musste, konnte er die Akkorde nur mit drei Fingern spielen. Das zwang ihn dazu, neue Voicings zu finden, wobei er den Grundton eher vernachlässigte und die Terzen und Septimen in den Vordergrund rückten. Ihm gefiel das so gut, dass er seitdem viel Wert darauf legt, sein Akkordspiel nicht zu überladen.



Dass das so wunderbar klappt, hat viel mit den erstklassigen Bassisten seiner Band zu tun. Mit etwas Glück dürfte wieder Dante Ware dabei sein, mit dem Loomis im vergangenen Jahr die CD „Give it back“ aufnahm. Sein Bassspiel ist in bester Soul-Funk-Schule ungeheuer druckvoll, wobei er seinem Sechssaiter nicht nur in den gelegentlichen Soli alle Möglichkeiten abgewinnt.

Armando Aussenac gehört zu der neuen Garde von Drummer, denen man anhört, dass sie eigentlich alles spielen können. Bei Hamilton Loomis sorgt er vor allem für enormen Druck nach vorn. Der Saxophonist (und gelegentliche Keyboarder) Fabian Hernandez war bei allen Celler Gigs von Loomis dabei. Er garantiert mit seinen Soli für spannungreiche Abwechslung.

Wer die aufwändig produzierte aktuelle CD „Give It Back“ hört, kann sich Loomis sicher auf einer großen Festivalbühne vorstellen. Aber funktioniert das auch in einem kleinen Club wie dem *Herzog-Ernst*? Wer ihn dort schon erlebt hat, kann das jedoch nur bestätigen. Loomis gelingt es, die Nummern dann so zu arrangieren, dass sie die meisten interessantesten Stimmungen und Breaks behalten. Und dazu kommt, dass Hamilton Loomis seine Shows als interaktives Ding begreift – nicht allein bezogen auf das Zusammenspiel mit der Band, sondern auch bezogen auf das Feedback des Publikums. Und das klappt eben manchmal in Club-Atmosphäre besser als auf großen Bühnen.

Wer einen Eindruck davon haben will, sollte einfach mal auf youtube nach Hamilton Loomis & Herzog Ernst suchen.
(Fotos: Christine Maass)

Cornelia Sziget – Herbst in Mölze

Seit Andree Hesse und Christian Oehlschläger im Jahr 2005 mit „Judaslohn“ und „Der Schwanenhals“ den Reigen mörderischen Treibens in Stadt und Landkreis Celle eröffneten, vergeht kaum ein Jahr, in dem nicht in einem neuen Regionalkrimi gemeuchelt wird.

Zum dritten Mal schickt Cornelia Sziget jetzt ihren „Detektiv wider Willen“ in die Ermittlungsarbeit. Durch Zufall ist Martin Spranger als Erster an einem Tatort in einem dem Abriss preisgegebenen Haus am „Nordwall“. Gemeinsam mit Cord, einem Fotojournalisten, und Tina Theriak, die er bei seinem ersten Fall näher kennengelernt hat, macht er sich auf die Suche nach Motiv und Mörder. Die Recherchen laufen parallel zu denen der Polizei. Und dort hat ein Neuer das Ruder übernommen: Kriminalhauptkommissar Herbst, ein Mann mit Eigensinn, der gerade deshalb auch in den eigenen Reihen um Anerkennung kämpfen muss.

Wie immer in Cornelia Szigets Regionalkrimis ist „Mölze“, wie Fritz Grasshoff Celle in seinem „Blauen Heinrich“ nannte, nicht nur Schauplatz, sondern bietet auch den Anlass zu bissigen Kommentierungen unterschiedlicher Stadtgesprächsthemen. Genau das macht ja den Reiz von Regionalkrimis aus, begrenzt aber auf der anderen Seite auch die Leser*innenschar. Das ist Cornelia Sziget klar: *„Regionalkrimis versuchen in der Regel, nebenbei das Typische einer Stadt oder Landschaft als Bodensatz zu nehmen. Wo kulturelle oder kulinarische Besonderheiten in den Vordergrund geraten, freut sich dann die Tourismuswirtschaft. Mir ist es wichtiger, kleinräumig gesellschaftliche Entwicklungen zu beobachten und zu kommentieren. Das wird manchmal auch analytisch wie im „Schlachthof“-Krimi, meist aber lasse ich meine Protagonisten einfach Haltungen vertreten, die ich von mir oder aus meinem Umfeld kenne.“*

So bildet dieses Mal schon der Tatort im „Nordwall“ Anlass genug für die Autorin, Konflikte um die Stadtentwicklung zu kommentieren. Das Opfer ist ein schwarzer Flüchtling, so dass Rechtsextremismus genauso zum Thema wird wie die alltäglichen Formen von Ausgrenzung. Auch mit „Schwarz“-Arbeit und einer wahlkämpfenden Politikerin muss sich Martin Spranger diesmal auseinandersetzen.

Auf Seiten der Polizei stößt mit Kriminalhauptkommissar Herbst (*„Herbst wie Frühling“*) eine leicht überzeichnete Figur zum Personal des Romans, wie wir sie auch aus eher komödiantisch angelegten „Tatorten“ kennen. Dazu Cornelia Sziget: *„Es geht selbstverständlich um Unterhaltung. Wer sich tatsächlich zu Stadtentwicklung oder prekäre Arbeitsverhältnisse informieren will, muss schon Ratsvorlagen lesen oder ein Sachbuch zur Hand nehmen. Wer sich aber einfach nur mit mir ärgern und empören will, dem oder der biete ich den einen oder anderen Anlass.“*

Der Krimi-Plot offeriert den Leser*innen im Unterschied zu den Ermittlern von vornherein fünf Verdächtige, die in Beziehungen zum Opfer standen und deren



mögliche Tatmotive Schritt für Schritt ausgeleuchtet werden. Aber bis zum Showdown bleibt vieles offen – auch welche Bedeutung der verschwundene Kettenanhänger mit QR-Code des Opfers am Ende haben sollte.

Sziget, Cornelia: Herbst in Mölze. Ein Regionalkrimi, edition winterwork, 460 Seiten, 17,90 Euro

Andree Hesse & Cornelia Sziget

"Delikte im Dämmerlicht"

Das Krimifest Hannover macht einen Abstecher ins Kunstmuseum Celle. Die beiden Autoren nutzen die besondere Atmosphäre des Hauses und gestalten eine Lesung im Halbdunkel der Lichtkunstausstellung. Ihre Verbrechen lassen sie in und um Celle stattfinden und verknüpfen dabei Geschichte, Kultur, Politik und Anekdoten aus dem Stadtleben – amüsant, pikant und natürlich spannend.

Donnerstag, 25. September, 19.30 Uhr - Vorverkauf: Buchhandlung DECIUS, Eintritt: 8,00 €, Ort: Kunstmuseum

Interview mit Oskar Ansell

Die Baracke der Dichter

Im September erscheint, herausgegeben von Oskar Ansell im Verlag „zu Klampen!“ der Band „Die Baracke der Dichter. Italienische Kriegsgefangene im Celle-Lager 1918“. Am 28. September wird das Buch im Rittersaal des Celler Schlosses vorgestellt. Wir sprachen schon im Juli mit Oskar Ansell zu den Hintergründen dieser Veröffentlichung.

??: *Du hast ja in „Himmel, welch ein Land“ schon auf Carlo Emilio Gadda, Francesco Nonni und Bonaventura Tecchi aufmerksam gemacht. Auf was können wir jetzt gespannt sein?*

!!: Einmal: Es ist die erste Übersetzung zweier Bücher ins Deutsche, die von exzellenten Autoren verfasst



wurden, Gadda [*Gefangenentagebuch, 1955 und 1964*] und Tecchi [*Baracca 15c, 1961*] und es ist überhaupt das erste Mal, dass diese beiden Bücher, die über die Zeit dieser Autoren im Gefangenenlager in Scheuen handeln - nach fast 100 Jahren - in einem Band vereinigt erscheinen. Beide, damals noch keine Schriftsteller, waren dort interniert und wurden "brüderliche Freunde". Zum Anderen: Ist es ein ungewöhnlicher (Ein-)Blick, für die Einheimischen in und um Celle und für uns Heutige aller Couleur, in/auf eine hier wenig beleuchtete Geschichte, die bisher auch in Italien und in Deutschland überhaupt verdrängt, wenig beachtet wurde oder schlicht kaum bekannt war, und heute in diesem Buch nachzulesen ist, geschrieben von den besten Autoren, die Italien im 20. Jahrhundert hervorgebracht hat. Das Celle-Lager war so etwas wie die Geburtsstätte gleich mehrerer italienischer Autoren.

??: *Weißt du noch, wann und wie du auf Gadda und seine Kollegen und Leidensgenossen aufmerksam geworden bist?*

!!: Es war irgendwann Ende der 80er Anfang der 90er Jahre, durch einen Hinweis von einem Freund, Wolfgang Hestermann. Es war uns aufgefallen, dass RWLE Möller in seinem Celle-Lexikon von italienischen Gefangenen gar nichts vermerkt hatte. Es war also noch 1987 (davor und danach) überhaupt kein Thema. Dann erschien 1993 ein Band der Lit.-Zeitschrift *Akzente*, den Gustav Seibt verantwortete, der darin vehement auf Gadda und seine Zeit in dem Celle-Lager aufmerksam machte. Ein im Suhrkamp erschienenener Band mit Briefen von Gadda an Tecchi vermerkt am Ende, dass der Gedenkstein für die italienischen Gefangenen in Scheuen bei Celle wohl nicht ausreicht, viel zu wenig ist. Das leuchtete mir ein und spornte mich an. Dank der RWLE Möller Stiftung, die diese Publikation maßgeblich gefördert hat, kann dieser Mangel nun mehr als behoben werden.

??: *Das „Celle-Lager“ ist in der breiten Öffentlichkeit der Region ziemlich in Vergessenheit geraten. Und erstaunlicherweise hat sich auch anlässlich der Diskussionen um den 100. Jahrestags des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs niemand daran erinnern wollen. Auch Karl-Heinz Buhr nimmt das Thema in seiner aktuellen Arbeit „Celle im Kaiserreich und in der Phase des politischen Umbruchs 1918/19“ nur ganz am Rand in den Blick. Kannst du kurz was zu dem Kriegsgefangenenlager sagen?*

!!: Das ist eine sehr vernachlässigte Geschichte nahezu in ganz Deutschland, wenn nicht in Europa. Der

Links: Mahnmahl auf dem Kriegsgräberfriedhof Scheuen

Erste Weltkrieg stand eben im Schatten des 2. Weltkrieges und hier, bei uns, überschattete das KZ Bergen-Belsen alles übrige. Es braucht immer noch eine ganz eigene Aufarbeitung der Lager des 1. Weltkrieges, auch hier in Celle. Ich gehe im Buch auf einige Aspekte ein, aber es ist eben kein Buch über das Celle-Lager, sondern es sind literarische Zeugnisse mit dem Hintergrund dieses Lagers. In einer Publikation über das Scheuen-Lager, das kann ich sicher sagen, wird dies Buch ("Die Baracke der Dichter") dann eine wichtige Quelle sein. Im Bomann-Museum ist Frau Langhammer mit einer Aufarbeitung des 1. Weltkriegs-Gefangenenlagers im Schloss beschäftigt, ein Anfang.

?: Wie und warum kamen die Italiener eigentlich nach Deutschland? Und was erzählen uns Gadda und Tecchi über das „Cellelager“?

!!: Nachdem Italien verspätet auch in den Krieg eingetreten ist, schlecht vorbereitet, wie man bald merkte und nach fürchterlichen Verlusten dann schließlich im Oktober 1917 in der entscheidenden Schlacht bei Caporetto (Karfreit) kapitulierte, wurden die italienischen Kriegsgefangenen auf die Lager in Deutschland verteilt. Die meisten italienischen Gefangenen in Scheuen, etwa 2500 Offiziere und ca. 500 einfache Soldaten, kamen über das Lager in Rastatt nach Celle. Das war Zufall.

?: In deiner Sichtung der Landkreis-Literatur schreibst du, dass Gadda, Tecchi und Nonni „in dem fürchterlichen Cellelager wesentliche Impulse für ihre schriftstellerische Existenz empfangen haben“. Jetzt hast du dich noch intensiver mit ihnen beschäftigt. Siehst du diese These bestätigt?

!!: Mehr denn je! Nicht nur Gadda und Tecchi, es waren viel, viel mehr italienische junge Männer, die, zum Teil hoch gebildet, sich in diesem Lager fanden und auf unterschiedliche Art und Weise halfen, geistig befruchteten. Nonni, als bildender Künstler gehörte dazu, aber auch der spätere Dramatiker Ugo Betti und viele andere. Die Baracke 15c wurde schon im Lager damals die Dichterbaracke genannt.

?: Ich habe mal im „Munzinger“ nachgeschaut: Alle



drei haben dort ihren Eintrag. Von Gadda (Foto) sind in den 1960er Jahren zwei Romane ins Deutsche übersetzt worden, die Wagenbach in den 1990er wiederveröffentlicht hat – wie auch vier Bände mit Erzählungen. Übersetzungen von Tecchi ins Deutsche gibt es aktuell wohl nur anti-

quarisch. Wie würdest du die beiden in der europäischen Literaturgeschichte einordnen?

!!: Gadda ist ein Autor, der mit einer handvoll exemplarischer Erzählungen nicht nur die italienische Literatur bis zur Gegenwart beeinflusst hat. Er gilt als der James Joyce Italiens. Günter Grass beruft sich neben Joyce und Dos Passos auf eben Gadda, der seit den 60er Jahren international bekannt



wurde. Tecchi [Foto oben] hat Entscheidendes für den wechselseitigen Transfäre deutscher und italienischer Literatur geleistet, nachdem er hier (im Lager) in engere Berührung zur deutschen Literatur (lesend) gekommen ist. Mit seinem Roman, "Die Egoisten" wurde er international berühmt. Heute ist er, wie auch Betti, in Italien weniger bekannt, zu deren Literaturgeschichte sie unbedingt gehören, die sie einst doch die großen Namen ihrer Zeit waren. Gadda ist unbestritten ein Romanautor der Weltliteratur geworden. - Dass dies im unscheinbaren Scheuen unter widrigen Verhältnissen begann, Keimzelle für Literatur war, Verhältnissen, die uns heutigen, verglichen mit den Grausamkeiten in Bergen-Belsen und den umliegenden Stalags im 2. Weltkrieg, noch halbwegs komfortabel vorkommen, ist nicht nur für die Literaturgeschichte eine höchst seltene, wenn nicht einmalige Sache gewesen.

Carlo Emilio Gadda, Bonaventura Tecchi: Die Baracke der Dichter. Italienische Kriegsgefangene im Celle-Lager 1918, Herausgeber: Ansell, Oskar, Springe (zu Klampen) 2014, ISBN 9783866744011, 264 Seiten, 24 Euro. (Voraussichtlich lieferbar ab: 06.09.2014)

»Celle-Lager war nach allgemeinem Bekunden eines der härtesten unter den deutschen und österreichischen Gefangenenlagern, die im Ersten Weltkrieg den italienischen Offizieren vorbehalten waren.«

Bonaventura Tecchi

»Die vorsätzlichen deutschen Repressalien sind sehr hart [...]: Man zittert im feuchten Wind, während die Deutschen gemütlich plaudern und ihre Späße machen. – Es herrscht eine absolute, strenge Grußpflicht gegenüber den deutschen Offizieren; sie zu vernachlässigen brächte die Zuwiderhandelnden ins Gefängnis.«

Carlo Emilio Gadda

Niedersächsischer Flüchtlingsrat am 21. Juni in Eschede

Hinsehen – eingreifen – Mensch sein!

Unter dem Motto "Rassismus tötet – Hinsehen, eingreifen, Mensch sein" versammelten sich am 21.06.2014 in Eschede im Landkreis Celle rund 100 Teilnehmer, um gegen Rassismus zu demonstrieren. Abgeschlossen wurde der friedliche und farbenfrohe Versammlungsablauf durch einen Staffeltagesdienst unter Leitung des Landesbischofs Ralf Meister.

Wir dokumentieren hier den Redebeitrag für den Flüchtlingsrat Niedersachsen von Horst-Peter Ludwigs:

Gestern, am 20.06.2014, war Weltflüchtlingstag. Die UN-Vollversammlung hat zum Gedenktag aufgerufen, um auf die besondere Situation und die Not von 51 Millionen Flüchtlingen aufmerksam zu machen, die vor Gewalt und Unterdrückung auf der Flucht sind. Die Cellesche Zeitung titelte, „Zahl der Flüchtlinge erreicht höchsten Stand seit Zweitem Weltkrieg“ Diese Zahl sollte alle wachrütteln, 51 Millionen Flüchtlinge.

„Das Boot ist voll“, „wer betrügt, der fliegt“, so schallt es derzeit wieder menschenverachtend aus deutschen Medien. Die angeheizte Stimmung innerhalb der Bevölkerung erinnert zwangsläufig an die Pogromstimmung der frühen 1990er Jahre.

In unzähligen deutschen Städten wird die Angst vor dem vermeintlich Fremden heraufbeschworen und schlägt nicht selten in Hass um. Die aggressive Grundstimmung richtet sich nicht nur gegen Menschen aus sogenannten Drittstaaten, sondern auch gegen EU-Bürger*innen im Zuge der Osterweiterung. Ein Beweis dafür ist die durch die CSU losgetretene Debatte über Einwanderer*innen aus Bulgarien und Rumänien.

Rassismus tötet auch durch Pogrome, Gesetzgebung und geistige Brandstiftung.

Auch im Landkreis Celle ist die Stimmung vergiftet. Ich erinnere nur einmal daran, dass der Landkreis Celle der vorletzte Landkreis in Niedersachsen gewesen ist, der die Gutscheinpraxis gegenüber Flüchtlingen beendet hat. Wir sind sehr froh, dass diese demütigende und rassistische Praxis endlich aufgegeben wurde, aber diese Form der Gewährung läuft auch jetzt weiter. So erhalten Flüchtlinge, denen vorgeworfen wird, dass sie nicht aktiv an ihrer Ausreise mitwirken, gekürzte Leistungen als Gutscheine.

Die Bedingungen der Unterkunft können auch angeführt werden: Hier gleich um die Ecke, in Eschede wurden Flüchtlinge in 50 Quadratmetern untergebracht. Hört sich sehr komfortabel an, aber es sind sechs Flüchtlinge, die sich solch eine Wohnung in der Größe von 50 Quadratmeter teilen müssen. Die Menschenrechte werden so mit den Füßen getreten, Rassismus geschürt und man kann schon behaupten, dass dies die deutsche Form der Folter ist. Dazu kann man auch die

Residenzpflicht und die verminderte medizinische Versorgung, den eingeschränkten Arbeitsmarktzugang und den eingeschränkten Zugang zu Sprachkursen zählen.

Es wird danach geschrien, dass Flüchtlinge Deutsch lernen sollen und arbeiten sollen, der Zugang dazu wird ihnen jedoch verwehrt. In welcher paradoxen Welt leben wir!

Jüngst gab es einen Überfall auf zwei Flüchtlinge auf dem Schützenfest hier in Eschede. Ganz schnell stand in der Pressemitteilung der Polizei, dass ein fremdenfeindlicher Hintergrund ausgeschlossen würde. Da muss man sich doch fragen, wird er ausgeschlossen, damit man in diese Richtung erst gar nicht ermitteln muss? Dieses Nichthinsehen kennen wir schon von den NSU-Morden.

Die menschenrechtliche Verpflichtung zur Ermittlung rassistischer Motive bei Gewalttaten ergibt sich auch aus der europäischen Menschenrechtskonvention.

Will man nicht wahr haben, wie die aktuelle Studie die „Mitte“ der Uni Leipzig aufzeigt, dass die Fremdenfeindlichkeit zugenommen hat. Die Ablehnung gegenüber Asylbewerbern erreicht Prozentsätze von über 80 %. Es wird wieder bestätigt, dass in Deutschland eine Besorgnis erregende ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit herrscht.

Da wird auch hier im Landkreis Celle von Willkommenskultur gesprochen, die Praxis sieht aber anders aus. Wer zur Ausländerbehörde muss, hat Angst, dem wird häufig nicht mit Respekt begegnet, sondern mit Ablehnung. Auf der Ebene des behördlichen Umgangs mit Flüchtlingen bestehen viele Defizite. Es wird das Amt mit dem Gefühl verlassen, unerwünscht zu sein. Da muss man sich schon fragen, hat das Methode.

Es zeigt sich, was im Großen passiert. „Bist Du nützlich für unseren Kapitalismus, begrüßen wir Dich mit Kusshand. Bist Du aber „Flüchtling“ oder nicht mehr nützlich, werden wir Dir das Leben hier schon schwer machen.“

Kann man so von Willkommenskultur sprechen. Die Lebensbedingungen von Flüchtlingen können als katastrophal bezeichnet werden. „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ So steht es im Grundgesetz. Dies scheint jedoch für Flüchtlinge nicht zu gelten. Die Devise lautet wohl eher: Machen wir es denen so unbequem und ungemütlich wie möglich.

Flüchtlinge müssen in normalen Wohnungen untergebracht werden, dann ist auch die Chance größer, dass die Nachbarn keinen Bogen um sie machen, ja vielleicht sogar auf sie zugehen.

Auch der Landkreis Celle ist aufgefordert, dass in den

Kommunen Unterbringungskonzepte und Willkommenskonzepte entwickelt werden, die eine Einbeziehung und Teilhabe der Flüchtlinge zum Ziel hat, statt die Betroffenen zu isolieren und menschenunwürdig unterzubringen.

Jeder Flüchtling will irgendwo ankommen und ein neues Leben beginnen, d.h. auch, eine eigene Wohnung beziehen, Arbeit und Nachbarschaften pflegen. Ziel jedes Konzeptes für Flüchtlinge muss daher sein, dieses Ankommen perspektivisch zu ermöglichen und Alltäglichkeit zu stiften.

Daher muss es heißen: Abschaffung der Gesetze, durch die Flüchtlinge täglich drangsaliert werden.

Bei der Betrachtung der aktuellen Asylpolitik kann einem auch nur schlecht werden. Deutschland zieht seine Mauern an der Grenze immer höher und unterstützt die Abwehr von Flüchtlingen mit einer Aufrüstung der EU-Außengrenzen (Frontex) und das Dublin-System bedeutet, dass den EU-Staaten an den Außengrenzen die Verantwortung für die Asylverfahren zugeschrieben wird.

Es muss endlich die Abschottungspolitik und die Zurückweisung beendet werden.

Ich glaube, wir haben nicht die leiseste Ahnung davon, was es bedeutet, Flüchtling zu sein, vor Krieg, Verfolgung, existenzieller Bedrohung zu fliehen, sich nachts

in ein marodes Boot zu setzen, wissend dass der Tod droht, alles aufzugeben - Heimat, Besitz, Familienangehörige - Stacheldrahtzäune (z.B. Grenzen der spanischen Exklave Melilla) überwinden, Gummigeschossen der Wachleute auszuweichen, die Flucht mit dem Tod vor Augen und dann einmal hier angekommen die ständige Unsicherheit nicht zu wissen, wie lange man hier bleiben darf.

Wer Asyl sucht, sieht darin die letzte Überlebenschance.

Ja, dann hier in Deutschland, Eine Familie aus dem Iran hat mir mal berichtet:

„Wir sind zivilisierte Menschen und haben gedacht, dass wir in Deutschland in einer christlichen Gesellschaft Mitmenschlichkeit erfahren. So leben wir jedoch mit unseren seelischen und finanziellen Problemen ohne Perspektive und sind jeden Tag einem großen Druck ausgesetzt. Wir begehen keine Straftaten und müssen immer wieder beweisen, dass wir das Sozialsystem nicht missbrauchen. [...]“

So berichtet die iranische Familie, der Vater Ingenieur, die Tochter geht zum Gymnasium und gewinnt dort den Deutsch-Lesewettbewerb. Der Vater hat einmal gesagt, Deutschland hat mir acht Jahre meines Lebens gestohlen. Das können viele Flüchtlinge bestätigen. Das Asylrecht stiehlt Flüchtlingen Millionen von Lebensjahren.



Wir haben in Deutschland ein System, an dem Flüchtlinge zerbrechen.

Unsere Wachsamkeit ist gefordert. Die Wachsamkeit der Zivilgesellschaft, Vorurteile und Ressentiments wuchern, Rechtsextreme mobilisieren, Populisten machen Stimmung. Wir müssen als wache Bürgerinnen und Bürger rassistischer Stimmungsmache entschieden und engagiert entgegentreten.

Wir müssen Nein sagen zu einer Politik, die Menschen nicht in ihrer Würde respektiert.

Statt die Diskriminierung der Roma in ihren Herkunftsstaaten angemessen zu berücksichtigen, wird diese in Deutschland durch fragwürdige Asylverfahren fortgesetzt. Durch die asylrechtliche Einstufung als sichere Herkunftsländer will die Bundesregierung die individuellen Asylgründe von Roma künftig regelmäßig gar nicht erst prüfen. So werden die Vorurteile gegen Roma hierzulande einmal mehr verstärkt.

Der Bundesinnenminister hat einen Gesetzentwurf vorbereitet, der die Möglichkeit zur Inhaftierung von Asylbewerbern deutlich ausweitet. Nach dem Gesetzentwurf sollen Flüchtlinge leichter in Haft genommen werden, möglich wäre dieses den Plänen nach beispielsweise wenn jemand „unter Umgehung einer Grenzkontrolle eingereist ist“, falsche Angaben über seine Identität oder seinen Reiseweg macht, oder sich verborgen hat, um sich der polizeilichen Kontrolle zu entziehen. Es wird ein gigantisches Inhaftierungsprogramm vorbereitet.

Flüchtlinge wie ein Problem zu behandeln, ist das Problem. Ein großes Problem dabei: Asylsuchende und Geflüchtete haben keine Stimme und keine Rechte, aber einen Status und einen Ruf, der ihnen vorauseilt, kriminell, schmutzig, Asylbetrüger usw. Repräsentation findet nicht statt, von sozialer und politischer Partizipation kann keine Rede sein. Legitim ist, was dem deutschen Volke dient und dazu gehören die Fremden eben häufig nicht. Blut ist mancherorts immer noch dicker als die Tatsache, dass man in zweiter und dritter Generation in diesem Land lebt.

Bertolt Brecht schrieb über die deutschen Verhältnisse seinerzeit: *„Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.“*

Das System lässt Menschen nach den schlimmen Erfahrungen der Flucht nicht gesunden. Im Gegenteil, die Mühlen der deutschen Ausländerbürokratie töten. Jährlich gibt es in Deutschland eine Vielzahl von Selbsttötungen. Flüchtlinge begehen Suizid, weil sie vom deutschen Asylsystem zerbrochen werden.

Dieses erfolgt durch die Gesetze, die von Politiker*innen beschlossen wurden. Mit der unmenschlichen Stra-

tegie, Flüchtlinge abzuschrecken.

Selbstverbrennung eines Iraners in Tübingen, Flüchtling aus dem Tschad erhängt sich in der Erstaufnahmeeinrichtung. Es gibt unzählige Suizide und Suizidversuche, die erst gar nicht bekannt werden.

Nach der Katastrophe vor Lampedusa am 3. Oktober 2013 erklärte Innenminister Hans-Peter Friedrich, ihm seien Forderungen nach größerer Solidarität Deutschlands oder gar eine Änderung der europäischen Asylpolitik „*unbegreiflich*“.

Flüchtlinge töten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder sterben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen. Flüchtlinge sterben in Deutschland während der Abschiebung oder werden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt. Flüchtlinge kommen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode. Flüchtlinge werden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert. Flüchtlinge verschwinden nach der Abschiebung spurlos. Flüchtlinge sterben auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen. Flüchtlinge sterben durch direkte Gewaltwirkung von Polizei oder Bewachungspersonal. Flüchtlinge sterben bei Bränden, Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte etc.. Flüchtlinge sterben durch rassistische Angriffe im öffentlichen Bereich. [...] Es wird Zeit, nicht länger wegzuschauen. Wir alle wissen, Rassismus tötet.

Neu: Zentrale Anlaufstelle für Flüchtlinge

Der Sozialausschuss der Stadt hat im Juli die Einrichtung einer "Zentralen Anlaufstelle" für die Betreuung von Flüchtlingen empfohlen. Hintergrund ist, dass im Landkreis Celle in den nächsten Monaten 415 Flüchtlinge neu aufgenommen werden müssen, davon 152 in der Stadt Celle. Besetzt mit zwei Personen soll die „Anlaufstelle“ bei Bedarf einen einfachen und direkten Zugang zu den Beratungsangeboten vor Ort ermöglichen; spezialisierte Betreuungsdienste vermitteln; eine sinnvolle Verteilung unter Berücksichtigung von Sprache, Kultur, Integration in die Stadtteile unterstützen; neu ankommende Flüchtlinge mit ersten Informationen versorgen („wo finde ich was?“) und bei der Antragstellung von Sozialleistungen unterstützen; traumatisierten Flüchtlingen, insbesondere Kindern, zeitnah professionelle Unterstützung vermitteln; Sprachkurse organisieren zum Erlernen von Grundkenntnissen zur Alltagsbewältigung. Insbesondere bei männlichen Einzelpersonen soll über die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten eine "Tagesstruktur" organisiert werden. Eine Stelle soll ausgeschrieben werden, die andere durch Umorganisation frei werden; der Landkreis fördert die Personalkosten mit 25 Prozent.

Wir können diesen Schritt nur begrüßen.

Die Zuweisungszahlen für die Landkreisgemeinden betragen: SG Wathlingen (55), Hermannsburg (33), SG Flotwedel (27), Bergen (24), SG Lachendorf (23), Winsen (22), SG Eschede (18), Hambühren (18), Wietze (17) Unterlüß (12), Faßberg (10), Lohheide (4).

Von Pogromen und Lichterketten (1991/92)

In ihrem Kommunalwahlprogramm 1991 äußerte sich die CDU zur "Inneren Sicherheit": „*Dramatisch nimmt die Kriminalität auch in Celle zu. Sowohl links- wie rechtsradikale Schlägertrupps, Punks und Skins und einige kriminelle Ausländerbanden gefährden Leib und Leben unserer Bevölkerung, insbesondere der Jugend. [...] Es geht nicht an, daß eine kleine Gruppe von radikalen, kriminellen Ausländern einen großen Teil aller Straftaten in dieser Stadt begeht und dies verschwiegen wird, nur weil man sich nicht dem Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit aussetzen will.*“

Die Ausländerfeindlichkeit aus der Mitte der Gesellschaft, für die die CDU beanspruchte zu sprechen, war jedoch die Basis der beschriebenen Phänomene. Steigende Zahlen von Asylsuchenden führten schon zur Bundestagswahl 1990 zu einer Kampagne der CDU/CSU gegen das Grundrecht auf Asyl. Die Begriffe "Wirtschaftsasyllant", "Asylbetrüger" und "Asylantenflut" wurden nicht nur von der BILD, sondern auch vom SPIEGEL in die Köpfe der Menschen gehämmert. Der Historiker Golo Mann sprach sich dafür aus, die Flüchtlinge „*so bald und so freundlich wie möglich hinauszubefördern, dorthin, wo sie hergekommen sind.*“ Und der immer noch in Talkshows lamentierende Arnulf Baring forderte in der BILD die sofortige Abschaffung des Asylgrundrechts, weil „*unsere gutmütige Sozialgesetzgebung zum Magneten geworden ist, der die Armen des ganzen Erdballs anzieht*“.

Mit dem Anschluss der DDR und der damit einhergehenden Unterminierung staatlicher "Autorität" hatte sich in Ostdeutschland eine gewalttätige Neonazi-Szene entwickelt. Diese nahm sich auf ihre Art des "Themas" an: Mitte September 1991 versammelten sich rund 500 Neonazis im sächsischen Hoyerswerda vor einem Heim für vietnamesische Vertragsarbeiter und warfen unter dem Beifall von Bürger*innen Flaschen, Steine und Molotow-Cocktails - bis, ja bis die Polizei das Heim räumte. Ein "Erfolg", der Neonazis bundesweit zu Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime ermunterte, auch im Westen: Ende Mai 1992 stand ein Flüchtlingsheim in Mannheim-Schönau im Fokus eines rechtsextremistischen Mobs. Im August 1992 folgte das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen (siehe Foto rechts).

Dieses mörderische Treibens mündete schließlich in der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Dass der "kleine Mann" den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung nur zu gut begriff, zeigte sich bei einem Straßeninterview der CZ. Ein 47-jähriger Polizeibeamter äußerte hinsichtlich der Pogrome: „*Wenn nichts passiert wäre, hätte man oben so weiterschlurt.*“ (CZ, 5.9.1992)

In Celle waren es vor allem radikale Linke, der Rest der noch in den Grünen verbliebenen Ökosozialist*innen und Punks, die sich diesem rassistischen Mainstream öffentlich entgegenstellten. Und genau deshalb wurden auch sie zu Angriffszielen der lokalen Nazi-Szene. Die - wie es genannt wurde - "alternativ ausschenden Jugendlichen" wurden tötlich angegriffen (in einigen Fällen mit anschließender Krankenh-

ausbehandlung), einige Wohnprojekte von Punks wurden ebenso wie das Büro der Grünen zum Ziel von Nazi-Attacken. Von Polizei und Staatsanwaltschaft war seinerzeit - und das ist kein Klischee - weder Schutz noch ein besonderer Ermittlungseifer zu erwarten. Deshalb rückte das, was dann "antifaschistischer Selbstschutz" genannt wurde, fast zwangsläufig in den Vordergrund. Und dieser "Selbstschutz" wurde in Teilen auch "offensiv" verfochten. Ähnlich verfuhr in der Zeit auch kurdische Jugendliche. - Im Nachhinein kann festgehalten werden, dass die "Militanz" durchaus einen Beitrag dazu lieferte, die gewalttätige lokale Naziszene relativ klein zu halten.



Der Niedersächsische Flüchtlingsrat hatte schon im April 1990 auf die zu erwartenden Probleme angesichts steigender Flüchtlingszahlen hingewiesen:

„*Die Gefahr, dass rassistische Positionen an Boden gewinnen, ist Wirklichkeit geworden. So ist zum Beispiel die Auffassung, "zu viele" Ausländer brächten die einheimische Bevölkerung aus ganz "natürlichen sozialpsychologischen Gründen" dazu, ausländerfeindliche Einstellungen zu entwickeln, und deshalb sei eine Begrenzung "ihrer Zahl" das einzige praktikable Rezept gegen Rassismus, heute bereits Allgemeingut - nicht nur im konservativen politischen Lager. Rassisten geben vor, den "natürlichen Rassismus" in der Bevölkerung bekämpfen zu wollen. [...] Asylpolitik findet immer auch "vor Ort" statt, dort also, wo die Flüchtlinge wohnen. Sie kann - und muss - deshalb als Chance begriffen werden, aktiv und offensiv für den Abbau ausländerfeindlicher und rassistischer Einstellungen und Verhaltensweisen eintreten zu können. Dazu sind zwei Voraussetzungen unabdingbar: a. Asylsuchende müssen so leben können, dass die Vor-*

aussetzungen für ein menschenwürdiges Leben gegeben sind: Mit Arbeitslaubnis, ohne Beschränkung des Aufenthalts auf den jeweiligen Landkreis (Residenzpflicht) bei freier Wahl des Wohnortes und Unterbringung in normalen Wohnungen. b. Asylsuchenden muss im Umgang mit sich selbst, mit der Verarbeitung ihres eigenen Schicksals, und im Umgang mit der für sie neuen bundesrepublikanischen Wirklichkeit eine umfassende Unterstützung und Hilfestellung zuteil werden.“

Bis zum Jahr 1991 war die „Asyldebatte“ in Celle eine eher Theoretische. Die Stadt und auch der Landkreis hatten ihre Zuweisungsquoten erfüllt – zum allergrößten Teil mit asylsuchenden Kurd*innen aus der Türkei, die sich hier auf das Netzwerk der kurdischen Gastarbeiter*innen-Generation stützen konnten. Ende 1990 verabschiedete die damals rot-grüne Landesregierung (Schröder/Trittin) aber einen Bleiberechts-Erlass, wodurch u.a. den kurdischen Ezid*innen ein lebenslanges Aufenthaltsrecht in Deutschland gewährt wurde, wenn sie ihrerseits ihre Asylverfahren beenden würden. Selbstverständlich machten fast alle davon Gebrauch. Dadurch war Celle wieder frei für neue Zuweisungen.

Die Celler CDU sah die Landesregierung in der Pflicht und verabschiedete im Dezember 1990 im Rat gegen die Stimmen von SPD und Grünen eine Resolution, in der sie die Landesregierung aufforderte, *„die Unterbringungsprobleme zu lösen und den notwendigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, bevor die Bleiberechtsregelung umgesetzt wird.“* Die Stadt Celle sei *„wegen der akuten Raumnot vor Ort nicht mehr imstande [...] Asylbewerber unterzubringen.“* (CZ, 02.12.1990)

Die Städte und Gemeinden waren in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatenblocks und dem Anschluss der DDR in der Tat vor Unterbringungsprobleme gestellt. Neben der wachsenden Zahl von Asylsuchenden gab es eine ähnlich große Zahl an so genannten Aus- und Übersiedler*innen. Neben „deutschstämmigen“ Menschen vor allem aus Polen und der Sowjetunion kamen auch Hunderttausende aus der untergegangenen DDR, die Kohls Versprechen auf „blühende Landschaften“ nicht trauten. In den Landkreisgemeinden und der Stadt Bergen betrug ihre Zahl im März 1990 mehr als 1.700. Der private Wohnungsmarkt gab kaum noch etwas her, so dass die Verwaltungen Obdachlosenunterkünfte, Dorfgemeinschaftshäuser, Sport- und Feuerwehrheime nutzten.

Die „Stimmung“ in den Landkreisgemeinden drückt sich drastisch und exemplarisch aus in einem Leserbrief des Wietzer Bürgermeister Rolf Marheineke:

„Alle Gemeinden, so auch Wietze, haben größte Schwierigkeiten, mehr als die bereits vorhandenen Asylbewerber unterzubringen. [...] Die soziale Betreuung von etwa 60 weiteren Asylbewerbern durch Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung ist nicht möglich. Wir werden uns deshalb möglicherweise dazu entschließen müssen [...] Unterbringung und Betreuung in die Hände eines geeigneten Unternehmers zu legen, zum Beispiel der Firma Fact, die sich seit längerer Zeit mit der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften und Wohnheimen und der Betreuung der Bewohner rund um die Uhr befasst. [...] Unsere bisherige Erfahrung geht dahin, daß die Nachbarn eines in Aussicht genommenen Grundstückes nachhaltig gegen die Errichtung eines Asylantenwohnheimes protestieren. [...] Wir sind gewählt, um die In-

teressen der Wietzer Bürger und des Gemeinwesens zu verfolgen und zu verwirklichen. Diese Interessen gehen jedenfalls nach meinen Erkenntnissen dahin, möglichst keine Asylbewerber aufnehmen zu müssen. Anders können die massiven Bürgerproteste nicht gedeutet werden. Das gilt auch für die Beanspruchung des Tennishaus durch die Verwaltung oder jedes andere gemeindeeigene Gebäude, zum Beispiel die Dorfhäuser.“ (CZ, 28.08.1991)

Für die „junge Union“ sekundierte deren damaliger Kreisvorsitzende und heutiger CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Adasch: *„Unvorstellbar der Gedanke für die Mütter und Väter des Grundgesetzes, im am Boden liegenden Deutschland, daß sich unser Vaterland über 40 Jahre später zu einer beneidenswerten Wohlstandsgesellschaft entwickeln würde, die für die Armen und im Elend lebenden dieser Welt zu einem El Dorado werden würde. [...] Im Interesse des ganzen Landes und vor allem der tatsächlich politisch Verfolgten, verlangt die Junge Union eine schnelle Entscheidung über wirksame Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Asylrechts.“* (CK, 01.09.1991)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Struck wandte sich im September 1991 noch gegen die Veränderung des Verfassungsartikels, aber: *„Wer also großzügig auf Kongressen, Tagungen und Seminaren für ein uneingeschränktes Zuzugsrecht eintritt, darf dabei nie vergessen, daß er dabei auch zu Lasten Dritter argumentiert, nämlich zu Lasten bedrängter Einheimischer. Sie tragen die größten Lasten, nicht diejenigen in den besseren und besten Wohngegenden. [...] Eine Änderung des Artikels 16 unseres Grundgesetzes, der politisch Verfolgten Asyl gewährt, wird das Problem nicht lösen, entscheidend ist vielmehr, daß dieses Recht durch die Flüchtlingsfrage erstickt werden kann, weil die Verfahren zu lange dauern.“* (CZ, 07.09.1991) Er forderte eine radikale Verkürzung der Verfahren, statt Barauszahlung seien den Flüchtlingen nur noch Sachleistungen zu gewähren, und wenn deren Antrag endgültig abgelehnt würde, *„müssen [sie] dann auch abgeschoben werden.“* Sein Fazit: *„Diese Maßnahmen sind hart gegenüber den betroffenen Menschen, aber es bleibt kein anderer Weg. Denn anderenfalls gäbe es keine Bereitschaft der deutschen Bevölkerung mehr, wirklich politisch Verfolgten Asyl zu gewähren und die Tendenz zum Rechtsradikalismus würde sich erheblich verstärken. Unser Land kann nicht das gelobte Land für alle Menschen dieser Erde sein.“* (CZ, 07.09.1991)

Die CDU setzte auch lokal eine Kampagne zur Abschaffung des Asylrechts in Gang. Die Celler Ratsfraktion brachte eine entsprechende Resolution ein und forderte am Vortag in einer Zeitungsanzeige „an alle Sympathisant*innen der SPD“: *„Der ungebremste Strom von Asylbewerbern droht Deutschland zu radikalisieren. Seit Jahren warnt die CDU davor. [...] Die SPD hat sich bisher stets geweigert, die notwendigen Gesetzes Schritte mitzutragen (von den Grünen ganz zu schweigen). Sie trägt deshalb für die heutige Entwicklung die Verantwortung.“* (CZ, 25.09.1991) Das hieß ziemlich unverblümt: Wer sich der Grundgesetzänderung verweigert, trägt die Verantwortung für das Pogrom, das sich wenige Tage vor der Zeitungsanzeige in Hoyerswerda ereignete.

Die SPD konterte, nachdem ihre Ratsfraktion wie auch die der Grünen die CDU-Resolution abgelehnt hatte: *„Das Grundrecht auf Asyl muss unangetastet bleiben!“* Gleichzeitig verkündete sie als *„notwendige Maßnahmen“* Verfahrensbe-

schleunigungen und schnellere Abschiebungen. (CZ, 27.09.1991)

Der CDU-Landtagsabgeordnete und Rechtsaußen Wilfried Hasselmann warb kurz vor der Kommunalwahl mit folgender Zeitungsanzeige: „CDU für Grundgesetzänderung! SPD und FDP haben - wie auch schon im Celler Rat - ihre Zustimmung zur Änderung des Grundgesetzes verweigert. Die CDU verlangt diese Grundgesetzänderung damit Scheinasylanten bereits an der Grenze zurückgewiesen werden können. Die Celler CDU wird sich mit allen Mitteln gegen die Einrichtung von Asylantensammelagern in den freiwerdenden Celler Kasernen zur Wehr setzen. [...] Als Folge der von der SPD-Regierung eingeführten niedersächsischen Bleiberechtsregelung sind in diesen Tagen neue Asylanten in Celle eingetroffen. Sie werden untergebracht in der Heimvolkshochschule Hustedt bzw. in der Jugendherberge der Stadt Celle. Weitere Asylanten sind angekündigt! Die Stadt wird daher in Kürze vor der Frage stehen, Schulsporthallen belegen zu müssen!“ (CZ, 05.10.1991)

Dass die CDU ihre Ratsmehrheit festigte, braucht wohl kaum erwähnt zu werden.

Am 9. Oktober 1991 initiierten Schüler*innen des KAV-Gymnasiums eine Demonstration, zu der rund 200 Teilnehmer*innen auf dem Großen Plan erschienen. Nicht gerade viel angesichts dessen, dass bis auf das Hölty auch die Schülervertretungen der anderen Gymnasien aufgerufen hatten und die zentrale Losung nicht unbedingt polarisierend war: „Gewalt kann keine Lösung sein.“ (CZ, 10.10.1991)

Demonstration am 9. November in Celle



Die Celler autonome Linke hatte sich das ganze Jahr über mit militanten und in größeren Gruppen auftretenden rechtsextremistischen Skinheads herumschlagen müssen (im Wortsinne). Zu einer ersten öffentlichkeitswirksamen Aktion kam es erst zum Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 1991. Ein „Aktionsbündnis gegen Rassismus und Ausländerhaß“ hatte zu einer Demonstration aufgerufen, zu der immerhin rund 250 Teilnehmer*innen kamen. Im Aufruf wurde ausgeführt:

„[...] Noch immer reden die Politiker vom „Missbrauch des Asylrechts“, von „stehlenden und betrügenden Ausländern“, von „den unangepassten und zu lauten Fremden“, vom „überevollen Schiff“ usw. Noch immer heizen sie die Stimmung an. Sie legen damit die Grundsteine für die unüberschreitbare Mauer, die das „europäische Haus“ gegen Flüchtlinge/Arbeitsimmigrantinnen aus der sogenannten dritten Welt absichern soll. Neofaschistische Gruppen, die sich in den letzten Monaten dank den ihnen von staatlichen Stellen zugesprochenen Aktionsfreiraum immer besser organisieren konnten, erledigen den „praktischen Part“, die Verfolgungsjagd. Die Bevölkerung schaut zu, vielfach mit klammerheimlicher Freude. [...]

Nach den Überfällen von Hoyerswerda stellen die Politiker



scheinheilig Empörung zur Schau und benutzen gleichzeitig die zunehmenden rassistischen Angriffe für die Verschärfung ihrer repressiven Asylpolitik. [...] Sie beharren darauf, die Schuld an den Ausschreitungen den Flüchtlingen und Arbeitsimmigrantinnen zuzuweisen. Damit fordern Sie geradezu weitere Angriffe heraus, verleihen sie doch den rechtsradikalen Angreifern ein deutliches Selbstbewusstsein. Ihre Lösung für die Flüchtlinge ist verschärfte Kasernierung. [...]

Wir rufen die Bevölkerung auf: Schaut nicht weg! Mischt Euch ein! Stoppt rassistische Überfälle! Kein Fußbreit den Faschisten!“

Neben der Antifa Initiative Celle, dem Autonomes Frauenhaus, Schülersprecher*innen von HBG und Hölty hatten – wie es im Film „Casablanca“ heißt – „die üblichen Verdächtigen“ den Aufruf unterzeichnet und die Anzeige in der CZ finanziert.

Initiiert von Arbeiterwohlfahrt, DGB-Kreisvorstand, GEW und den Grünen erschien am 9. November auch eine von etwa 90 Personen unterzeichnete Anzeige „Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“: „Wir wenden uns an die Politiker/innen aller politischer Parteien und andere gesellschaftliche Gruppen mit der dringenden Bitte, die schwierigen Fragen des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Sprache nicht durch unbedachte Äußerungen oder gar Polemik zu verschärfen. Diese Aufforderung richtet sich auch und in ganz besonderem Maße an die Politiker/innen unserer Region. Ausländerfeindlichkeit ist Menschenfeindlichkeit. [...] Das im Grundgesetz verankerte Asylrecht gem. Artikel 16 darf nicht angetastet werden. Maßnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung eines fairen Asylverfahrens, das rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht, sind zu vereinbaren und zu verwirklichen. Wir fordern daher die politischen Verantwortlichen zu einer humaneren Asylpolitik auf.“

Zum Jahreswechsel wurde in der Stadtverwaltung ernsthaft erwogen, sich beim Land um die Einrichtung einer von zwei weiteren „Zentralen Anlaufstellen für Asylbewerber (ZAST)“ zu bewerben. Als Standort waren u.a. Teile der CD Kaserne im Gespräch. Wäre eine solche Sammelunterkunft für die Zeit während der Abwicklung der Asylverfahren nach Celle gekommen, hätte die Stadt keine individuellen Zuweisungen mehr erhalten. Wie Gerhard Wagner in der CZ kommentierte: „Mit plötzlicher Nächstenliebe oder dem Ruf „Kommt alle zu uns!“ hat das nichts zu tun. Einsicht in die Notwendigkeit, Realpolitik bestimmt die Handlungsweise. Mehr nicht.“ (CZ, 31.12.1991) Die Landesregierung entschied sich gegen Celle.

Oberstadtdirektor Martin Biermann war zwischenzeitlich mit dem Superintendenten Bodo Wiedemann aneinandergeraten, nachdem dieser eine Unterbringung von Flüchtlingen in Kirchensälen abgelehnt hatte. Biermann daraufhin: „Das Bibelwort, 'denn sie hatten sonst keinen Raum in der Herberge', sollte gerade der Kirche nicht entgegengehalten werden können.“ (CZ, 25.12.1991)

Schon zum Jahresende 1991 wurden im Dorfgemeinschaftshaus Groß-Hehlen drei Flüchtlingsfamilien untergebracht und zwei Familien im Altenceller Sportheim. (CZ, 22.01.1992) Wenige Wochen nachdem schließlich auch die Burgschulhalle als „Asylbewerberheim“ eingerichtet wurde, kam es hier am 27. März 1992 zu einem Brandanschlag. Durch ein Toilettenfenster im Erdgeschoss war ein Brandsatz ins Innere des Gebäudes geworfen worden. Glücklicherweise entdeckte der Hausmeister den Brandsatz und konnte ihn löschen. (taz, 30.03.1992)

Die Situation der Flüchtlinge war seitdem nicht nur von Angst geprägt, in der Stadt stießen sie auf Ablehnung, das Leben in der Halle beraubte sie jeder Rückzugsmöglichkeiten. Ende Mai gründete sich aus dem linken Milieu ein „Arbeitskreis Asyl“, der versuchte, Verbesserungen durchzusetzen. (Doch darauf soll im nächsten Heft näher eingegangen werden.)



Im Sommer 1992 suchte die Stadtverwaltung in den Ortsteilen nach Möglichkeiten, Wohncontainer aufzustellen. Überall stieß sie auf rassistisch aufgeladene Ablehnung. Schließlich sollten auf dem damals nordwestlichen Gelände an der Kreuzung Fuhrberger Straße/Wilhelm-Heinichen-Ring „Wohnpavillons“ errichtet werden. Zu einer Ortsratssitzung am 27. August im TuS-Heim meldete eine „Heese-Süd Bürgerinitiative“ eine Protestkundgebung an. Die autonome Linke störte diese Versammlung mit Transparenten und verteilte ein Flugblatt: „Ein Herrenvolk von Untertanen? Ohne uns!“ (siehe Foto oben) Nach der Ortsratssitzung demonstrierte die kleine Gegenprotestgruppe aus vielleicht 30 Leuten spontan auf der Fahrspur durch Neustadt und Bahnhofstraße in die Altstadt – ohne von der Polizei daran gehindert zu werden. Das Projekt mit den „Wohnpavillons“ wurde übrigens fallengelassen, eine Ersatzlösung fand sich im „Hotel Stech“ in der Harburger Straße.

Am Wochenende davor hatte die SPD-Parteiführung einer Änderung des Asylgrundrechts zugestimmt und für den 14. November einen Sonderparteitag einberufen. Am 29. Septem-

ber forderten die Fraktionschefs der CDU aus Bund und Ländern in Celle die Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl, gekürzte Sozialhilfeleistungen für Asylbewerber*innen und erweiterte Abschiebemöglichkeiten. Der Celler FDP-Chef Falkenhagen sekundierte: „Wir müssen die Ausrede Asyl durch geringere Leistungen unattraktiv machen.“ (CZ, 05.10.1992)

Der 9. November 1992, dem Jahrestag der Pogromnacht, wurde lokal zum letzten Aufbäumen. Ein Bündnis von AK Asyl, VVN-BdA, INTI, AntiFa, Eine-Welt-Laden und Grünen rief zu einer Demonstration auf, der ein gemeinsamer Schweigemarsch von Schüler*innen vom HBG über Hölty, Auf der Heese, BBS Lönsweg und BBS Bahnhofstraße zur Kundgebung auf der Stechbahn vorausging, anschließend führte die Demo zur Synagoge. Die gemeinsame Losung lautete: „Gegen das Totschlagen von Asylsuchenden und AusländerInnen / Gegen Pogrome, Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhetze“. Selbstverständlich wurde der Erhalt des Grundrechts auf Asyl gefordert. Rund 500 Menschen hatten sich am Ende vor der Synagoge versammelt. Zu den Teilnehmer*innen sprachen Pastor Martin Range, Kai Schiewek vom AK Asyl, Gertrud Schröter für die VVN-BdA und Bernd Zobel für die Grünen. (CZ, 10.11.1992)

Der SPD-Sonderparteitag stimmte der Grundgesetzänderung zu und am 6. Dezember 1992 einigen sich CDU/CSU, FDP und SPD auf den sogenannten Asylkompromiss, dem am 26. Mai 1993 der Bundestag mit Zwei-Drittel-Mehrheit zustimmte.

In der Nacht zum 23. November 1992 starben durch einen Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Mölln zwei türkische Mädchen und ihre Großmutter. Beginnend in München am 6. Dezember gab es daraufhin bald in jeder deutschen Stadt sogenannte "Lichterketten gegen Gewalt", an denen sich bundesweit bis zu einer Million Menschen beteiligten. In Celle versammelten sich am 20. Dezember an die 10.000 Bürger*innen rund ums Alte Rathaus. Die CZ kommentierte: „Insofern sind die Lichterketten das äußere Zeichen sowohl an die braune Brut, als auch an die Welt. Hier steht das bessere Deutschland und nicht dort, wo vorgegeben wird, etwas in Deutschlands Sinn zu tun.“ (CZ, 21.12.1992)

Die autonome Linke beteiligte sich nicht an den „Irrlichtern“, wohl wissend, dass man sich mit jenen in eine Reihe würde stellen müssen, die bis gestern noch die Hetze gegen Asylsuchende betrieben hatten und weiter an deren Entrechtung arbeiten würden. „Im Kerzenschein der Lichterketten“, schrieb die autonome Gruppe L.U.P.U.S, wurde „das Grundrecht auf Asyl abgeschafft“.

Immerhin: Der Frage „Haben Sie Verständnis für gewalttätige Ausschreitungen gegen Asylbewerber?“ hatten im Oktober 1992 noch 17 Prozent der Befragten in Ostdeutschland zugestimmt, im Januar nur noch 8 %; die Zustimmung unter Westdeutschen fiel im selben Zeitraum von 12 auf 5 Prozent.

Veranstaltungsreihe geht ins vierte Jahr

Seit 2011 läuft in Celle das Bundesprogramm *Toleranz fördern- Kompetenz stärken*. Das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus hat im ersten Jahr selbst ein eigenes Projekt beantragt und bewilligt bekommen und ist seit Beginn Kooperationspartner des *Diakonischen Werks Celle* bei etlichen Veranstaltungen, die sich in unterschiedlicher Weise mit dem Thema „Extreme Rechte“ beschäftigen. Neben den klassischen Vorträgen mit anschließender Diskussion gab es z.B. 2011 „Aufmucken gegen Rechts“, eine Lesung mit Oskar Ansell und Olaf Meyer, Kreativworkshops sowie einige interne Veranstaltungen zur Stärkung der Aktivist*innen aus der sogenannten Zivilgesellschaft gegen Neonazis und Rassisten. Zur inhaltlichen Entwicklung lässt sich folgendes sagen:

Im Jahr 2011 haben sich das Forum und das Diakonische Werk mit den Strukturen, der Organisation, dem Auftreten und den Inhalten der extremen Rechten beschäftigt. In Vorträgen wurde Grundlagenwissen vermittelt, wobei auch der Bezug zu Celle nicht fehlte. Bei allen Unterschieden der extremen Rechten wurde deutlich, dass Ausländerfeindlichkeit und Rassismus ihr gemeinsames und verbindendes Merkmal ist.

Im Folgejahr – unmittelbar nach der zufälligen Aufdeckung des NSU – war ein inhaltlicher Schwerpunkt die Beschäftigung mit der Tatsache, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwar ein wesentlicher Bestandteil der Ideologie der extremen Rechten ist, allerdings nicht deren Alleinstellungsmerkmal. Diskriminierendes Verhalten, rechtsextreme Einstellungen haben eine hohe Akzeptanz in der Mitte der Gesellschaft. Neben der Beschäftigung mit der sogenannten „Mitte-Studie“, also mit der gesellschaftlichen Ebene, hat sich das Forum auch mit der individuellen Ebene auseinandergesetzt und sich in einem Workshop eigenen Ressentiments gestellt. Die Geschlechterrollen der Neonazis war ein weiterer Schwerpunkt, wobei festzustellen ist, dass diese sehr ähnlich sind wie in der Mehrheitsgesellschaft: tendenziell männerdominiert, Frauen eher sozial orientiert, aber durchaus auch als Parteifunktionärinnen oder aggressive Schlägerinnen.

Nach der Vermittlung von Grundlagenwissen über die extreme Rechte 2011, der Auseinandersetzung mit dem diese Gruppen einigenden, aber auch gesellschaftlich weit in die „Mitte“ reichenden Rassismus im Jahr 2012 folgte nun die Frage: was tun?

Die Aufarbeitung der NSU-Morde war und ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, also haben sich das Forum und das Diakonische Werk mittels einer weiteren Studie mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beschäftigt. Dass jahrelang scheinbar nicht denkbar sein sollte, dass Neonazis mordend durchs Land ziehen und ihren tödlichen Rassismus konsequent in blutige

Taten umsetzen, führte konsequenter Weise dazu, den Rassismus der Mitte auch bei Institutionen und Behörden auszumachen, so dass sich auch mit Geschichte und aktuellen Aufgaben des Verfassungsschutzes auseinandergesetzt wurde. Rassismus, latent oder offen, ist immer auch ein Aspekt bei der Asyldebatte, die sich in dem weiten Feld zwischen Abschottung und der neuen „Nützlichkeits“debatte bewegt.

Dieses Jahr nun, nachdem das Thema Neonazis und Rassismus in den vergangenen drei Jahren aus der „Extremistenecke“ herausgeholt wurde durch die simple Feststellung, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sich leider nicht in dieser Ecke verkriechen, sondern allgegenwärtig sind, wollen das Forum und das Diakonische Werk weiter daran arbeiten, Alltagsrassismus sichtbar zu machen, um dagegen vorgehen zu können. Dabei kommen sie nicht darum herum, sich weiter mit der Aufarbeitung des NSU zu beschäftigen. Fragestellungen wie: Warum ist der Terror von Rechts seit Beginn der Bundesrepublik nicht im kollektiven Gedächtnis – weil nicht sein kann, was nicht sein darf? Wehrsportgruppe Hoffmann, Deutsche Aktionsgruppen um Röder – alles vergessen? Wird Alltagsrassismus von der Mehrheitsgesellschaft anders wahrgenommen und begegnet als noch vor 20 Jahren – Rostock, Hoyerswerda, Solingen, Mölln – oder auch schon vergessen?



Um sich damit auseinanderzusetzen, folgen im Herbst weitere Veranstaltungen des Celler Forums und des Diakonischen Werks. Weiterhin wollen sie mit kulturellen und kreativen Aktionen sowie interessanten Informationsveranstaltungen versuchen, das Thema vielen Menschen zugänglich zu machen und möglichst viele Menschen zu mobilisieren "Gegen Rassismus und Diskriminierung - Für couragiertes Handeln", denn so lautet der Titel der Veranstaltungsreihe, die nun schon das vierte Jahr läuft. Auf den folgenden Seiten gibt es ausführliche Informationen zu den weiteren Veranstaltungen.

Link zur website: <http://www.cellerforum.de/>

Friederich, der Wüterich - Satirisches Musiktheater

Laut und mutig gegen Rechte Gewalt

Mit ganz einfachen Theatermitteln und wenig Requisiten, singend und spielend mit Zitaten aus dem ‚Struwwelpeter‘ und ‚Max und Moritz‘ nimmt das Ensemble rassistisches Gedankengut in unserer Gesellschaft unter die Lupe.

Eine musikalische Satire über eine Nazi-Bande? Geht das? Darf man das? Lachen über Uwe Mundlos, der sich in den Nazihimmel gerettet hat, über das Flittchen Justitia, das von einem Staatsanwalt gecoacht wird oder über einen Alt-Nazi, der an Demenz leidet? Sich lustig machen über eine vom Schicksal hart getroffene Unternehmergattin oder über die Gedankenblitze des Thilo Sarrazin? Und wer oder was ist eigentlich Gladio? Wer Silvio Meier? Wer Hanne Wonnegut? Und was hat das alles mit dem Struwwelpeter und Max und Moritz zu tun?



Das Weber-Herzog-Musiktheater hat sich beim Thema Rechtsradikalismus ganz bewusst für die Satire und gegen das ‚Betroffenheitstheater‘ entschieden. Letzteres birgt die Gefahr in sich, uns als Zuschauerinnen und Zuschauer nach der Aufführung hilflos zurück zu lassen – womöglich mit dem Eindruck, gegen die Nazis sei kein Kraut gewachsen.

Die Satire bedient sich der Übertreibung, kontrastiert Widersprüche und Wertvorstellungen in übertriebener Weise, verzerrt Sachverhalte, vergleicht sie spöttisch mit einem Idealzustand und gibt ihren Gegenstand der Lächerlichkeit preis. Wenn wir über eine Sache oder eine Person lachen können, haben wir sie schon fast bezwungen. Die Satire ist die schärfste Form des künstlerischen Angriffs, eben weil sie den Gegner der Lächerlichkeit preis gibt.

Das Weber-Herzog-Musiktheater will mit diesem Stück Mut machen und aufzeigen, was für eine Kraft wir entwickeln können, wenn wir uns gegen schlechte Entwicklungen wehren.

Nach der Aufführung besteht die Möglichkeit einer Diskussion über das Stück und das Thema.

Text und Regie: Christa Weber, Musik und musikalische Einstudierung: Christof Herzog, mit Dorothee Krüger, Berit Künnecke, Mattis Nolte, Karen Sünder, Christa Weber und Christof Herzog.

Freitag 19.09.2014, 19:00 Uhr in Kunst & Bühne, Nordwall 46. Der Eintritt zu der Veranstaltung ist frei.

Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt

Konsequenzen aus dem NSU Skandal

Im November dieses Jahres jährt sich die Aufdeckung des NSU zum dritten Mal. Ein Anlass, über die Konsequenzen dieser Aufdeckung nachzudenken, und auch ein Anlass, sich mit der Geschichte und Gegenwart der neonazistischen Gewalt zu befassen.

Dem NSU werden unter anderem eine Mordserie in den Jahren 2000 bis 2006, das Nagelbomben-Attentat in Köln 2004, ein Sprengstoffanschlag in Nürnberg 1999, der Anschlag auf die Saarbrücker Wehrmachts-Ausstellung 1999, der Sprengstoffanschlag in einer Düsseldorf S-Bahnstation 2000, ein Sprengstoffanschlag in der Kölner Probsteigasse 2001, sowie der Polizistenmord von Heilbronn 2007 zur Last gelegt.

Vor zwei Jahren sagte die Ombudsfrau für die Terroropfer und ihre Angehörigen, Barbara John, die Aufklärung der Taten und der Behördenversäumnisse ziehe sich quälend hin und bringe Erkenntnisse über unvorstellbare Versäumnisse und die Vorurteilslastigkeit der Ermittler: „Das hat die Angehörigen schwer enttäuscht.“

Die genannten Versäumnisse führten zu Diskussionen über die Sicherheitsbehörden, es wurden Forderungen nach Abschaffung des Verfassungsschutzes laut, wenigstens eine Reform der Geheimdienste wurde von unterschiedlichsten Organisationen eingefordert.

Zwar wurden die Sicherheitsbehörden erwartungsgemäß nicht abgeschafft, aber es gab doch zumindest personelle Konsequenzen: Das Handeln von Sicherheitsbehörden wie Verfassungsschutzämtern, Amt für den Militärischen Abschirmdienst und Polizei führte ab Juli 2012 zu Rücktritten und Entlassungen des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der Präsidenten des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen und der Leiterin der Abteilung für Verfassungsschutz der Senatsverwaltung für Inneres Berlin. Nachlässigkeiten, Aktenvernichtung, der Einsatz von V-Personen, Ermittlungspannen und organisatorische Defizite werden im „NSU-Ausschuss“ des Deutschen Bundestages sowie in einzelnen Bundesländern untersucht. Reicht das?

Wir wollen am 16. und 21. Oktober den Fragen

nachgehen, ob Konsequenzen aus dem NSU-Skandal gezogen wurden und ob diese ausreichend sind.

Um das bewerten zu können, ist es unumgänglich, sich mit Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt auseinanderzusetzen. Denn sicherlich sind die Taten des NSU und das jahrelange Nichtwahrhabenwollen, dass die Täter Neonazis waren schon von besonders makaberer Qualität. Aber eben leider nichts Neues: Seit 1949 haben Rechtsextremisten immer wieder Terrorgruppen gebildet, die nach ähnlichem Muster agierten: konspirative Kleinstzellen, Raubüberfälle zur Geld und Waffenbeschaffung, Anschläge gegen Migranten, politische Gegner und gesellschaftliche Einrichtungen.



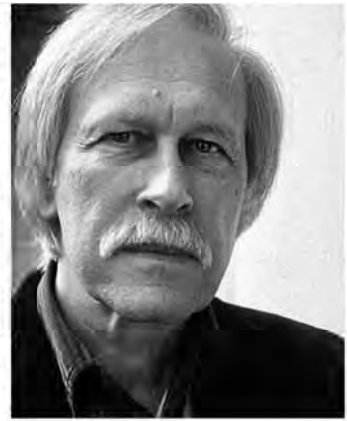
Am 16.10.2014 um 19 Uhr kommt Andreas Speit (freier Journalist sowie Autor und Herausgeber diverser Bücher zum Bereich Rechtsextremismus) nach Celle, Kreuzkirchengemeinde, Windmühlenstr. 43A um über das Thema „Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt“ zu referieren.

Er hat an dem Buch „Blut und Ehre“ mitgearbeitet (sh. revista 68),

dort wird anhand zahlreicher Ergebnisse jahrelanger Recherche mit der These vom „Terror-Trio“ aufgeräumt. Von über 130 Unterstützer*innen ist inzwischen auszugehen, darunter auch etliche „Informanten“ verschiedener Geheimdienste und Sicherheitsbehörden, von Polizei und Verfassungsschutz. Die Rolle von Nazinetzwerken von Blood & Honour bis Ku-Klux-Klan werden beleuchtet, die Geschichte des Naziterrors seit 1945 wird nachgezeichnet und damit wird deutlich, dass der NSU zwar eine besondere Stellung einnimmt, alleine weil er von 1998 bis 2011 unbehelligt Terroranschläge durchführen konnte, aber Rechter Terror nichts neues ist. Die Nazistrukturen von Sozialistischer Reichspartei (SRP) über Wehrsportgruppen, das Oktoberfestattentat bis zu den Brandanschlägen der 1990er Jahre werden detailliert dargestellt.

Am 21.10.2014 ebenfalls um 19 Uhr beschäftigen wir uns dann mit dem Thema „Konsequenzen aus dem NSU-Skandal“. Rolf Gössner (Rechtsanwalt und Publizist, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte Berlin) befasst sich in seinem Vortrag mit dem Thema: „Neonazis im Dienst des Staates. Zur heillosen Verstrickung des 'Verfassungsschutzes' in rechtsextreme Szenen und Parteien“. Ausgehend von der schockierenden Neonazi-Mordserie, die Ende 2011 ohne Zutun des Staats- und Verfassungsschutzes aufgedeckt wurde, widmet sich Rolf Gössner dem Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“, seiner braunen Vergangenheit und politisch-ideologischen Ausprägung sowie sei-

nem unkontrollierbaren V-Leute-System, mit dem er Neonazi-Szenen und -Parteien unterwandert hat.



Der Referent berichtet aufgrund eigener Recherchen über die skandalöse Verstrickung des Verfassungsschutzes in gewaltbereite Neonazi-Szenen sowie über die geheimdienstlichen Versuche, kriminell gewordene V-Leute selbst gegen Ermittlungen der Polizei abzuschirmen. Und er untersucht, wie der Verfassungsschutz im Kampf gegen Rechts agiert, ob er in seiner Ausprägung als Inlandsgeheimdienst zum Schutz der Verfassung taugt oder mit seinen geheimen, schwer kontrollierbaren Methoden und Strukturen Fremdkörper ist in der Demokratie.

Aus seinem Befund formuliert Rolf Gössner politische Konsequenzen, die für Bürgerrechte und rechtsstaatliche Demokratie existentiell wichtig sind, und er vergleicht diese kritisch mit den aktuellen Reformschritten in Bund und Ländern.

Ob als eine Konsequenz des NSU-Skandals eine größere Wachsamkeit der Zivilgesellschaft zu verzeichnen ist, diese Frage ist zu diskutieren.

Schauen wir alle genauer hin, wenn Taten typischer Weise dem Muster von rechter Gewalt entsprechen? Widersprechen wir, wenn es bei entsprechenden Taten sofort heißt, ein rechtsextremistischer bzw. fremdenfeindlicher Hintergrund sei nicht zu erkennen? Sind wir kritischer geworden oder ist es nach einem kurzen Entsetzen vor drei Jahren wieder so, dass nicht sein kann was nicht sein darf?

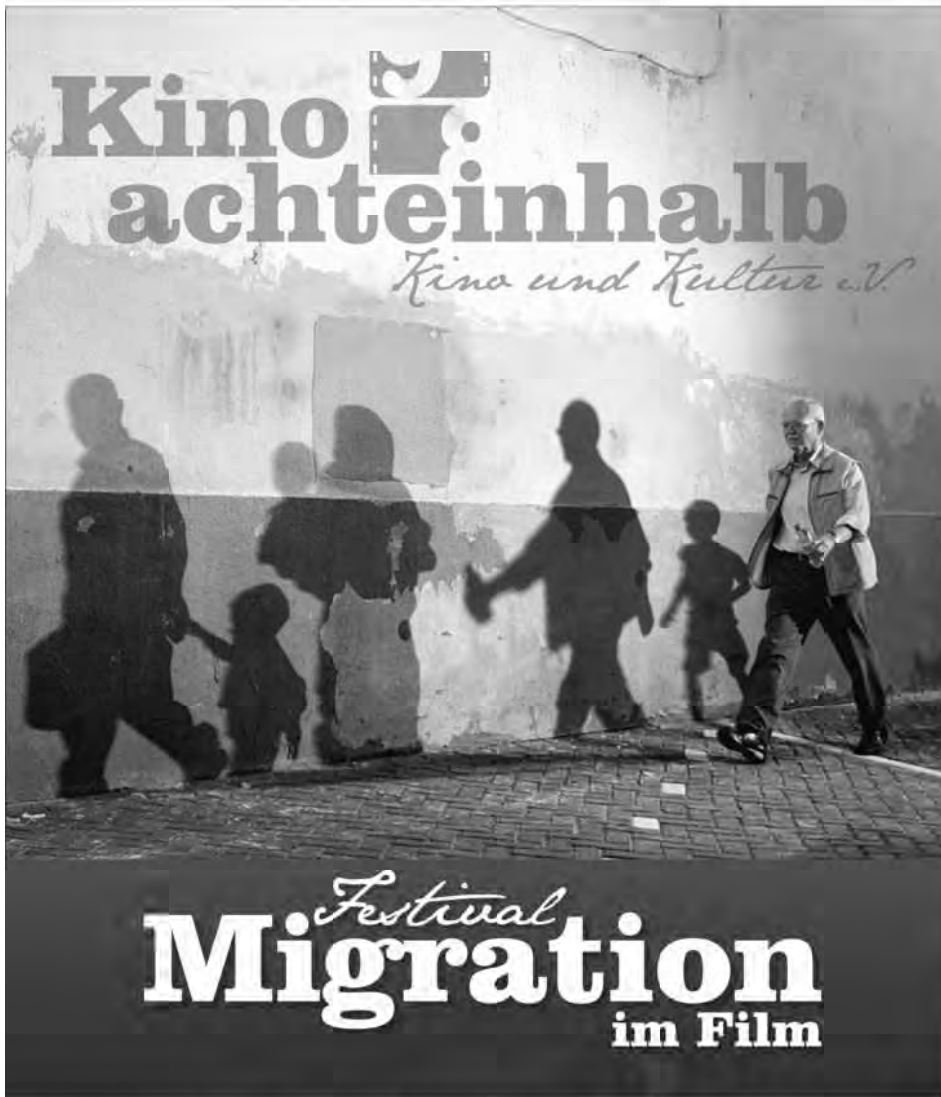
Der Eintritt zu den Veranstaltungen ist frei.



Festival „Migration und Film“ im Kino achteinhalb

Auf der Suche nach dem Glück

Im vergangenen Jahre erlebte das Kino achteinhalb eine überraschend gute Resonanz auf die Festivalreihe "Film und Migration", weshalb - gefördert durch Mittel des Bundesprogramms "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" - in diesem Herbst eine Neuauflage angeboten wird. Neben aktuellen Spielfilmproduktionen bietet das Programm dabei auch einige (halb-)dokumentarische Filme.



Inzwischen prägen die Themen Migration und Integration fast ein eigenes Genre: "Neben Unterdrückung und politischer Verfolgung im Herkunftsland werden auch neue, aus der Migration folgende Formen der Marginalisierung und Prekarität sowie Versuche des Neubeginns mit den in ihnen angelegten Konflikten thematisiert. Identität erscheint hier als vielfach gebrochen und häufig versehrt. Zugleich sind individuelle Lebensentwürfe und Handlungsperspektiven eingebunden in neu entstehende transkulturelle Räume mit ihren spezifischen Möglichkeiten und Ausdrucksformen", schreiben

Bettina Dennerlein und Elke Fritsch in der Einleitung zu dem von ihnen herausgegebenen Sammelband "Identitäten in Bewegung. Migration im Film".

Zuletzt beschäftigten sich einige Filme vor allem auch mit staatlicherseits ungewünschter Migration. So kreuzen sich an den Grenzen der "Festung Europa" die Wege von Tourist*innen, Arbeitsmigrant*innen und (illegalen) Flüchtlingen, wie z.B. gerade der Film "Die Farbe des Ozeans" oder "Hotel Sahara" zeigen.

Die Filme beginnen mit einer Ausnahme immer um 19.30 Uhr. Nähere Informationen zum Angebot des "Schulkinos" gibt es auf den Programmflyern.

Mi., 24. September

Hotel Sahara - Die Suche nach dem Paradies

Dokumentarfilm über afrikanische Migranten, die in der mauretischen Hafenstadt Nouadhibou teilweise jahrelang darauf warten, einen Weg über die Kanaren nach Europa zu finden. Man begegnet Menschen, die sich trotz vieler desillusionierender Erfahrungen an ihren Träumen wie an Rettungsankern festklammern. Ein stiller, aufmerksamer Film voller eigenwilliger Schönheit, der die Vorläufigkeit einer Existenz "auf dem Sprung" in ein facettenreiches Mosaik aus beiläufigen Bildern und Tönen übersetzt. (O.m.d.U.)

Anschließend Filmgespräch mit der Regisseurin Bettina Haasen!

Deutschland 2008, Kinostart: 26. Oktober 2009, 89 Minuten

Mi., 01. Oktober

Le passé - Das Vergangene

Ein Iraner kehrt nach Paris zurück, um vor Gericht seine Ehe mit einer Französin offiziell aufzulösen. Während seine Noch-Ehefrau etwas überstürzt die Zukunft mit einer neuen Familie vorantreibt, wirft die Vergangenheit noch manchen Schatten. Ein facettenreiches Familien-, Ehe, Beziehungs- und Migrationsdrama, das von Übergangsphasen und -räumen sowie den Schwierigkeiten der Ablösung handelt. Ein sorgfältig inszenierter, kunstvoll austarierter Film, der gegen Ende zwar

dramaturgisch ausfranst, aber mit großer Meisterschaft ein Netz von Beziehungen zwischen den Figuren spannt, in dem sich die Verhältnisse von Anziehung, Verwerfung, Vertrautheit und Befremden ständig neu sortieren.

Frankreich/Italien 2013, Kinostart: 30. Januar 2014, 130 Minuten

Mi., 08. Oktober

Die Farbe des Ozeans

Eine deutsche Touristin macht Urlaub auf den Kanaren, als am Strand afrikanische Flüchtlinge angespült werden. Viele sind tot; Überlebende werden von der Polizei in ein Lager gebracht. Die Urlauberin will einem der Afrikaner helfen, während ein spanischer Grenzpolizist für die Abschiebungen sorgt. Ein mitunter konstruiertes, gleichwohl spannendes Drama, das drei Schicksale verbindet, die unterschiedliche Perspektiven auf die Flüchtlingsthematik eröffnen. Der komplexe globale Kontext bleibt durch die Fokussierung auf Einzelschicksale ausgespart.

Deutschland/Spanien 2011, Kinostart: 17. Mai 2012, 92 Minuten

Mo., 13. Oktober

Revision

Im Sommer 1992 wurden an der deutsch-polnischen Grenze zwei rumänische Staatsbürger erschossen. Die Täter hatten sie angeblich mit Wildschweinen verwechselt. Zwei Jahrzehnte später rollt der Dokumentarfilm mit hoher investigativer Energie den juristisch abgeschlossenen Fall wieder auf und unterzieht ihn einer filmischen Revision. In geduldigen Zeugnisaussagen und Interviews entschlüsselt sich die menschlich-familiäre Tragödie als extrem vielschichtiges Konglomerat, zu dem auch Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass und westliche Arroganz erheblich beigetragen haben. Der hoch reflektierte Umgang mit Bildern, Tönen und Zeugnissen sensibilisiert für eine strukturelle Lesart historisch-politisch-gesellschaftlicher Fakten, vermittelt durch seine beklemmende Dichte aber auch Anteilnahme und Mitgefühl.

Deutschland 2012, Kinostart: 13. September 2012, 106 Minuten

Mi., 15. Oktober

14 Kilometer - Auf der Suche nach dem Glück

Zwei Brüder aus dem Niger und eine junge Frau aus Mali wollen ihr Glück in Europa suchen und setzen sich einer mörderischen Gewalttour quer durch die Sahara aus. Halbdokumentarisches Flüchtlingsdrama, dessen episodenhafte Struktur mehr an exemplarischen Situationen als an einer physisch-psychisch entfalteten Handlung interessiert ist. Mit Humor und selbstironischen Anklängen entfaltet sich ein "afrikanischer" Blickwinkel auf die Völkerwanderung in den Norden, der im Spiegel einer extremen Natur von unmenschlicher Erschöpfung handelt. (O.m.d.U.)

Spanien 2008, Kinostart: 24.10.2008, 95 Minuten

Mo. 20. Oktober

Illegal

Der Alltag einer mit ihrem achtjährigen Sohn illegal in Belgien lebenden Russin wird von der ständigen Angst vor dem Entdecktwerden überschattet. Als sie in eine Polizeikontrolle gerät und in Abschiebehaf genommen wird, findet ihr Sohn Unterschlupf bei einer Freundin. In der Haft wird sie Opfer von Schikanen und Misshandlungen durch das Personal und erlebt den Selbstmord einer Leidensgenossin. Als sie in ihrer Verzweiflung den Behörden eine falsche Identität angibt, führt das zu ihrer versehentlichen Abschiebung nach Polen. Packend gespieltes Drama über die prekäre Lage so genannter Wohlstandflüchtlinge in den reichen Ländern der "Festung Europa". (O.m.d.U.)



Belgien/Luxemburg/Frankreich 2010, Kinostart: 28. Juni 2012, 90 Minuten

Mi. 22. Oktober

Neukölln Unlimited

Porträt dreier arabischstämmiger Geschwister, die im Berliner Bezirk Neukölln einen Alltag zwischen Abschiebungsangst, Existenzsicherung und HipHop-Karriere verbringen. Unterlegt mit mitreißenden Aufnahmen von Breakdance-Shows, wird in Form einer Quasi-Langzeitbeobachtung ein ständiger Überlebenskampf gegen die traumatisierende Abschiebungsangst protokolliert. Dabei wird die Diskussion über Parallelgesellschaften um die differenzierten Innenperspektiven betroffener Jugendlicher erweitert.

Deutschland 2010, Kinostart: 8. April 2010, 99 Minuten

Integrationspolitische Konferenz

So wollen wir die Zukunft gestalten!

Am 17. September veranstaltet die Stadt Celle die "1. Integrationspolitische Konferenz". Zwischen 14- und 18 Uhr sollen in der CD-Kaserne in Workshops mit rotierenden Gruppen die Themenfelder Arbeitswelt, Soziales, Kultur und Sport diskutiert werden. Den Einführungsvortrag mit dem Titel "Integration durch Konsens" hält Doris Bonkowski, Leiterin des Büros für Migrationsfragen der Stadt Braunschweig. Um eine kurze Teilnehmerückmeldung bittet die Stadt an integration@celle.de bis zum 08.09.2014.

Vegan – Guerilla #06 Holunderbeeren & Kornelkirschen

Kornelkirschen als Oliven für den Winter

Wasser aufkochen, Kornelkirschen dazu geben, kurz aufkochen, je nach Reifegrad, sie sollten nicht platzen. Die Kornelkirschen herausschöpfen und in Gläser füllen. Das Wasser salzen, wieder aufkochen, einen Schuss Essig dazu, je nach Geschmack und heiß über die Früchte füllen. Ein wenig Platz lassen und eine Schicht Olivenöl drübergießen. Sofort verschließen. Vor dem ersten Probieren etwas stehen lassen, sie sind lange haltbar.

Kornelkirschen als Bonbon

Und als besondere Leckerei, allerdings mit weißem Zucker, da ich persönlich das Kandieren in Honig nicht so lecker finde, kandierte Kornelkirschen - nach Heuveltop: In $\frac{1}{4}$ l Wasser 300 g Zucker lösen und 500 g Früchte darin kurz aufkochen. In der Lösung abkühlen lassen. Einen Tag stehen lassen, Flüssigkeit abtropfen lassen, diese mit 100 g Zucker wieder aufkochen, heiß über die Früchte geben. Dies solange wiederholen, bis der Zucker (650 g) verbraucht ist und die Lösung dick bleibt. In der letzten Zuckerlösung die Früchte einige Tage liegen lassen. Das Ganze erwärmen, Zuckerlösung abtropfen lassen und die Früchte gut trocknen lassen, bei höchstens 45 Grad.



Holunderbeerlikör

$\frac{1}{2}$ kg Holunderbeeren in 1 l Wasser eine $\frac{1}{2}$ Stunde kochen, dann abseihen. Auf 1 l Saft, 300 g Zucker geben und kurz aufkochen. Dann abkühlen lassen und in den lauwarmen Saft ein Stückchen Hefe geben (ca. $\frac{1}{8}$ vom Würfel). Darauf in Flaschen halbvoll abfüllen und mit Stoffläppchen zubinden. Etwa 6-8 Wochen in ein Südfenster stellen. So entwickelt sich dann ein leckerer Likör - durchaus mit Alkoholgehalt.

Im Wald und auf der Heide - #04



Heute: Größere Missverständnisse beim Einrichten des Museumscafés in der ehemaligen Hof- (von 1530) und späteren Löwen-Apotheke.

Hinter den Bogenfenstern, Türen, Zargen und Fensterglas im Jugendstil, 1906 von dem Architekten Alfred Sasse gestaltet, besetzen nun eisdielenartige Polypropylen-Monoblocs die Offizin. Dazu ein Mann vom Fach: „Die PP-Monoblocs sind Teststühle der Georg-August-Universität Göttingen, um das Festklebeverhalten von PE- und PVC-Funktionskleidungsträgern in einem Feldversuch zu beobachten. Nach Ausfüllen der Bewertungsbögen (anonym) erhält jede*r Proband*in noch am selben Tag ein Schokoladenstückchen (es hält sich hartnäckig das Gerücht in der Stadt, auch Georg Christoph Lichtenberg, erster deutscher Professor für Experimentalphysik und Begründer des deutschen Aphorismus, hätte an dem Versuch teilgenommen).“ Ein weiterer Mann, ebenfalls vom Fach: „Hä? Museumscafé? Sollte das jetzt nicht eher "Baxmanns Tortenladen" heißen?“

Und was ist mit dem "Dichterraum"? Einst liebevoll gestaltet, eingerichtet, eröffnet und mit erheblichen Mitteln finanziert von der "Bibliotheksgesellschaft Celle", der "RWLE Möller Stiftung" und dem "Museumscafé", bevölkert von Hermann Löns, Fritz Graßhoff, Ludwig Hölty, Oskar Ansull und vielen anderen Autoren und Dichtern, die vom 16. Jahrhundert an bis heute mit Celle verbunden sind: durch Geburt, Schule, Tätigkeit oder Werk, schön versammelt im alten Apotheker-Regal.

Ein einzigartiger Raum, in dem Arno Schmidt („*Ich bin ein Heidediener, Blattanbeter, Windverehrer!*“) uns zurief: „*Ich will wie eine Fackel durch die Stadt rennen: lest doch! Lest doch!*“ Und jetzt: Übergestrichen, Plastikische und -stühle rein, 3 Bildbändchen über die Herstellung von Schokoladen und Torten. Durchaus konsequent also. Fast. Im Café steht noch das raumhohe, von Sasse entworfene Apotheken-Regal. Also, raus damit!

Politische Termine in und um Celle

Mo., 01. September, 17.00

Kundgebung des DGB zum Antikriegstag

Ort: Stechbahn

Mi., 03. September, 19.00

Neue Instrumente für den Inlandseinsatz – die RSU-Kräfte

Referent: Martin Kirsch

Ort: Buntes Haus

Veranst.: Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg

Mi., 10. September, 19.00

Waffen für die Welt – Exporte außer Kontrolle (Film)

Ort: Kino 8 1/2

Veranst.: Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg

Sa., 13. September, 10.00-14.00

Infomeile „Störmanöver an der Heimatfront“

Ort: Robert-Meyer-Platz

Veranst.: Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg

So., 14. September, 15.00

DGB Sommerfest

Ort: IGM-Innenhof, Trift 20

Di., 16. September, 19.00

Tatort Arbeitsplatz

Thema: „Haftung“

Ort: DAA, Spörckenstraße

Mi., 17. September, 10.00-21.00

Dauerkundgebung

Celler Trialog beenden – für eine Welt ohne Krieg

Ort: Arno-Schmidt-Platz (angemeldet)

Fr., 19. September, 19.00

Sommerfest der GEW

Ort: IGM-Innenhof, Trift 20

Fr., 19. September, 19.00

Friederich der Wüterich

Musiktheater gegen Rechts (mehr s. S. 30)

Kunst & Bühne, Nordwall 46, Eintritt frei!

Veranstalter: Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, Diakonisches Werk Celle

Do., 24. September, 19.30

Krimi-Lesung mit Cornelia Sziget & Andree Hesse

„Delikte im Dämmerlicht“

Eintritt: 8,00 Euro (VVK Decius)

Ort: Kunstmuseum

So., 28. September,

Die Baracke der Dichter

Buchvorstellung mit dem Herausgeber Oskar Ansell

Mehr siehe S. 20

Ort: Rittersaal des Celler Schlosses

Sa., 11. Oktober, 19.00

Brooklyn oder Ein Jude geht nach Amerika

Eine literarisch-musikalische Reise



von der Alten in die Neue Welt

Oskar Ansell & Trio Oyfref

Ort: Synagoge, Eintritt: ??

Mo., 13. Oktober, 19.00

100 Jahre Erster Weltkrieg

Referent: Prof. Dr. Herfried Münkler, s Humboldt-Universität zu Berlin

Ort: Ehrenhalle des Bomann-Museums

Veranst.: Friedrich-Ebert-Stiftung

Do., 16. Oktober, 19.00

Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt

Referent: Andreas Speit

Kreuzkirche, Celle, Windmühlenst. 43A

Veranstalter: Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, Diakonisches Werk Celle

mehr s. S. 31

Di., 21. Oktober, 19.00

Konsequenzen aus dem NSU-Skandal

Referent: Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist

Kunst & Bühne, Nordwall 46, Eintritt frei
Veranstalter: Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, Diakonisches Werk Celle

mehr s. S. 31

Do., 23. Oktober, 18.30

TTIP-Freihandelsabkommen - Vorsicht Falle!

Referent: Dr. Christian Christen, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraktion im Bundestag

Ort: Volkshochschule Celle, Trift 17, Raum D

Veranstalter: RSL Niedersachsen in Kooperation mit Rosa-Luxemburg-Club Celle und attac Celle

mehr s. S. 10

Musik, Kunst & Kultur

Sa., 06. September, 19.00

Bockpalast

Cold Activ, Dead Shepherd, Jinx, Demolition Bastards - auf der kleinen Bühne: Pama's La Fuga

Eintritt frei

Sa., 6. September, 20.30

Liz Stringer & Van Walker

Aussie Songwriters European Tour

Aimelys Fabrik Lounge, Eintritt frei

Fr., 12. September, 21.00

Freedom! – The Party

CD Kaserne, AK 5,00

Sa., 13. September, 17.30

Spider Murphy Gang

Vorprogramm: Wohnraumhelden

Lobetal Festwiese, VVK 15,00 / AK 17,00

Di., 16. September, 20.00

Greg Koch

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr./Sa., 19./20. September

Celler Stadtfest

Altstadt

So., 21. September, 20.00

Pasión de Buena Vista

CD Kaserne, AK 39,00

Mo., 22. September, 20.00

Hamilton Loomis

Herzog Ernst, Eintritt frei

Di., 23. September, 20.00

Hamilton Loomis

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 26. September, 19.00

Jazz Session mit Dima Mondello

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 26. September, 20.00

Open Stage

CRI (Gelände CDK), Eintritt frei

Di., 30. September, 20.00

Melanie Dekker

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 04. Oktober, 20.00

Eric Fish

CD Kaserne, VVK, 19,90 / AK 21,00

Fr., 10. Oktober, 20.00

Purple Schulz & Schrader

CD Kaserne, VVK, 23,90 / AK 25,00

So., 12. Oktober, 18.00

Barbara Dennerlein

Jazz auf der Kirchenorgel

Stadtkirche Celle, VVK 23,00 / AK 23,00

Di., 14. Oktober, 20.00

Lightnin' Guy

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 17. Oktober, 20.00

The Blooze

Wienhausen, Braugasthaus "Mühlengrund", AK 15,00

Fr., 17. Oktober, 20.00

Basta

CD Kaserne, VVK, 21,90/AK 23,00

So., 19. Oktober, 20.00

New Model Army

CD Kaserne, VVK, 27,90/AK 32,00

Di., 21. Oktober, 20.00

Grainne Duffy

Herzog Ernst, Eintritt frei

Do., 23. Oktober, 20.00

Carl Verheyen Band

CD Kaserne, VVK, 18,90/AK 21,00

Fr., 24. Oktober, 20.00

Marili Machado

CD Kaserne, VVK, 16,90/AK 19,00

Mo., 27. Oktober, 20.00

Wolf Mail

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 31. Oktober, 19.00

Blues & Zydeco Festival – American Cajun

Stadthaus Bergen, VVK 23,00 / AK 23,00

Fr., 31. Oktober, 20.00

Open Stage

CRI (Gelände CDK), Eintritt frei

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 18.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Mo-Fr. 10-17, Do. 10-18.30, Sa. 10-14 Uhr

Attac-Plenum

jeden 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 19.30 Uhr –
Buntes Haus

Umsonst-Laden

jeden Di. und Do, 17.00 – 19.00 Uhr –
Buntes Haus

Bunt Sozial Gerecht e.V.

Erwerbslosenberatung
Neustadt 52
montags und mittwochs
14:00 – 17:45 Uhr

Buntes Haus Plenum

jeden Donnerstag, 19.00 Uhr, Buntes
Haus